

Feministische Überlegungen zu ökonomischer Gewalt.

**"WENN UNSER LEBEN NICHTS WERT IST, DANN
PRÖDUZIERT DOCH OHNE UNS"**



Alejandra Santillana Ortíz | Flora Partenio | Corina Rodríguez Enríquez

**„Wenn unser Leben nichts wert ist,
dann produziert doch ohne uns“**

**Feministische Überlegungen
zu ökonomischer Gewalt**

„WENN UNSER LEBEN NICHTS WERT IST,
DANN PRODUZIERT DOCH OHNE UNS“
FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN
ZU ÖKONOMISCHER GEWALT

ALEJANDRA SANTILLANA ORTÍZ, FLORA PARTENIO
UND CORINA RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ

BUENOS AIRES, 2021

Alejandra Santillana Ortíz, Flora Partenio und Corina Rodríguez Enríquez
„Wenn unser Leben nichts wert ist, dann produziert doch ohne uns“
Feministische Überlegungen zu ökonomischer Gewalt
Ciudad Autónoma de Buenos Aires: 2021.
63 p.: 21 x 14,8 cm. -

Herausgeber: Rosa-Luxemburg-Stiftung ConoSur, Santiago del Estero 1148, 1075, Ciudad Autónoma de Buenos Aires, Argentinien.
www.rosalux-ba.org

Autorinnen: Alejandra Santillana Ortíz, Flora Partenio und Corina Rodríguez Enríquez

Redaktion: Alex Wischnewski und Juliana Díaz Lozano, April 2021

Übersetzung aus dem Spanischen: Lisa Buhl und Janna Tegeler

Layout: El Colectivo

Grafik: Che Alejandra

Creative Commons Lizenz Namensnennung - Nicht-kommerziell
- Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-NC-SA 4.0). Diese Publikation darf bearbeitet und ganz oder teilweise vervielfältigt werden, vorausgesetzt, es werden angemessene Urheber- und Rechteangaben gemacht und die Beiträge werden nur unter derselben Lizenz wie das Original verbreitet.

Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Inhalt des Buches liegt in der Verantwortung der Autorinnen und gibt nicht notwendigerweise die Position der Rosa-Luxemburg-Stiftung wieder.



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

- INHALTSVERZEICHNIS -

Gewalt auseinandernehmen, um die Welt zu verändern	7
„Wenn unser Leben nichts wert ist, dann produziert doch ohne uns“ Feministische Überlegungen zu ökonomischer Gewalt	11
Über die Autorinnen	61

Gewalt auseinandernehmen, um die Welt zu verändern

Warum ist es immer noch notwendig, die Funktionsweise patriarchaler Gewalt zu analysieren? Die feministische Bewegung hat es mit ihrer wachsenden Stärke und inneren Kraft geschafft, den Alltag zu politisieren und aufzuzeigen, dass die Gewalt gegen LGBTQI+ (Lesbisch, Schwul, Bi, Trans, Queer und Intersex) nicht individuell ist, sondern auf den Ungleichheiten eines überlieferten Systems beruht. Darüber hinaus wird patriarchale Gewalt im Spanischen heute im Plural geschrieben, weil sie mehrere Formen hat: physische, psychologische, sexualisierte, ökonomische, am Arbeitsplatz, im eigenen Zuhause, auf der Straße. All diese Formen sind miteinander verwoben und schlagen sich in unseren Körpern, unserem Verstand und unseren Emotionen nieder.

Die globale feministische Offensive – mit ihrer besonderen Stärke in Lateinamerika – hat außerdem eine zentrale Idee vorangebracht: die patriarchale Gewalt hat einen materiellen Ursprung, der in der kapitalistischen Wirtschaftsweise liegt. Der Satz “Wenn unser Leben nichts wert ist, dann produziert doch ohne uns!” verweist auf die zentrale Rolle der Ausbeutung von Körpern und Zeit von LGBTQI+ als die unsichtbare Stütze der kapitalistischen Produktion. Und er verweist auf die Kehrseite, nämlich die Abwertung des Lebens derjenigen, die

in der Dynamik des Kapitals als Körper erscheinen, die entsorgt werden können. Dies ist die Logik des Menschenhandels, der Feminizide, der Überausbeutung der Arbeit, der Feminisierung der Armut und der sozialen Ausgrenzung.

Gleichzeitig haben feministische Bewegungen deutlich herausstellen können, dass das Leben und die Gemeinschaften durch jene nicht anerkannte, unsichtbare oder unterbewertete Arbeit von Frauen aufrechterhalten wird, die sie trotz aller Krisen und jenseits von Markt und Staat weiterhin leisten. Es ist eben diese Art der Arbeit, des Bewahrens und der Organisierung, die dazu geführt hat, dass LGBTQI+ an vorderster Front stehen, wenn es darum geht, ihre Gemeinden gegen extraktivistische Projekte und umweltverschmutzende Unternehmen zu verteidigen. Projekte, die die Reproduktion des Lebens an einem bestimmten Ort in Gefahr bringen. In diesen Fällen sehen wir, wie die hinter diesen Initiativen versammelten Mächte jene verfolgen, kriminalisieren und ermorden, die die Gemeinschaften ebenso wie die Natur verteidigen und sich dem kapitalistischen Vormarsch in diesen Gebieten widersetzen.

All diese Erkenntnisse verdichten sich in den internationalen feministischen Streiks am 8. März, die sich zunehmend in der Welt verbreitet haben und von massiven Mobilisierungen begleitet wurden. „Wir bewegen die Welt, jetzt stoppen wir sie“ als Slogan für einen Streik aller frauendominierten und feminisierten Berufe weist auf die ökonomische Bedeutung von Sorgearbeit hin und wird gleichzeitig zu einem Protest gegen die vielfältigen Formen von Gewalt, die wir erleiden.

Vor diesem Hintergrund laden wir zur Lektüre eines komplexen Textes ein, der einen Grundlagentext für das Verständnis der systemischen Wurzeln von Gewalt darstellt. Seine Autorinnen schreiben im Dialog mit und verankert in klassenpolitischen und feministischen Kämpfen in Argentinien, Ecuador und Peru. Durch die Verflechtung verschiedener Disziplinen, von Makroanalysen mit situierten Erfahrungen, von quantitativen und qualitativen Elementen geht der vorliegende Text entscheidenden Fragen nach:

Wie sind Gewalt und das Wirtschaftssystem miteinander verwoben? Welche Formen nimmt diese patriarchale Gewalt an? Wie wirkt sich die Pandemie auf die verschiedenen Aspekte von Gewalt aus? Welche Instrumente haben wir, um uns dem patriarchalen Kapitalismus zu widersetzen?

In der aktuellen Situation einer gesundheitlichen und sozialen Krise ist das Nachdenken über ökonomische Gewalt noch notwendiger als zuvor. Die Pandemie macht die bereits bestehenden Ungleichheiten sichtbarer, vertieft sie und erschwert das Überleben der Mehrheit der Menschen überall auf der Welt. In diesem Szenario ist es – jenseits der uneinheitlichen und unzureichenden öffentlichen Maßnahmen, die von den Regierungen ausprobiert werden – wieder einmal die unsichtbare oder wenig anerkannte Arbeit von LGBTQI+, die die marginalisierten Sektoren unterstützt. Die Quarantäneauflagen haben Feminizide und häusliche Gewalt vervielfacht und wieder waren es die feministischen Organisationen, die eine zentrale Rolle dabei spielten, die Betroffenen zu unterstützen und eine Reaktion des Staates einzufordern. Trotz der Isolation und mit großer Anstrengung wurden die Auseinandersetzungen in der ganzen Welt, die internationale Solidarität, die Forderungen und die Debatten fortgeschrieben. Mit anderen Worten, der Kampf hat nicht aufgehört. Vielmehr ist das Szenario komplexer geworden, was uns dazu veranlasst, auch unsere Anstrengungen um eine sehr genaue Analyse dessen, was wir zu bekämpfen haben, noch zu vervielfachen.

Der vorliegende Text ist Teil der Bemühungen, die feministischen Erkenntnisse aus unseren kollektiven Kämpfen und Reflexionen zu systematisieren. Wir möchten zu einer sorgfältigen Lektüre ermutigen, die feministische Praxen anreichern kann, bei der Veränderung hin zu einer Gesellschaft, in der wir alle frei sind.

Juliana Díaz Lozano
Projektmanagerin im Programm Globaler Feminismus
Rosa-Luxemburg-Stiftung
April 2021

„WENN UNSER LEBEN NICHTS WERT IST,
DANN PRODUZIERT DOCH OHNE UNS“
FEMINISTISCHE ÜBERLEGUNGEN
ZU ÖKONOMISCHER GEWALT

1. Einleitung

Im heutigen Kontext fungiert systemische Gewalt als eines der strukturierenden Elemente unserer Gesellschaften.

Der vorliegende Text ist Teil der Debatte über ökonomische Gewalt und ihre Beziehungen zu anderen Formen der Gewalt (mit Schwerpunkt auf der Verknüpfung zwischen ökonomischer Gewalt und patriarchaler Gewalt). Er nimmt die Perspektive von Feminismen des Globalen Südens ein und konzentriert sich auf die Beziehung zwischen Ökonomie und verschiedenen Formen der Gewalt. Untersucht werden vornehmlich die unterschiedlichen Dimensionen und Arten von Gewalt in Lateinamerika und der Karibik. Gleichzeitig sollen die Beispiele aus Lateinamerika Fenster öffnen, durch die wir – im Sinne eines Süd-Nord-Dialogs – auf den Rest der Welt schauen. Für diesen Text wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ vielfältige Quellen benutzt, um so den Leser*innen zu ermöglichen, aus der Perspektive der wissenschaftlich-feministischen Untersuchungen die verschiedenen

Bedeutungen des komplexen Begriffs „Gewalt“ zu vertiefen. Es werden auch andere Formen der Gewalt (Gewalt am Arbeitsplatz, in den Medien, sowie institutionelle, politische, digitale Gewalt usw.) und ihre Verankerung in verschiedenen Ausdrucksformen (physisch, symbolisch, sexualisiert, psychologisch, patrimonial, etc.) untersucht. Diese Konzeptualisierung ist hilfreich, um die Beziehungen zwischen ökonomischer und physischer Gewalt, sowie die Schnittstellen der verschiedenen Gewaltformen gegen Frauen, Kinder und Menschen der LGBTQI+ Communities zu analysieren*. Diese Gewaltformen finden ihre extremsten Ausdrucksweisen in Feminiziden**, Transfeminiziden und Hassdelikten.

In jedem Absatz des Textes werden Beispiele aus dem Globalen Süden betrachtet und Augenmerk auf die Folgen der internationalen Arbeitsteilung und der Gewalt gelegt. Hierbei liegt der Fokus zwar auf der Analyse der lateinamerikanischen Entwicklung, aber

* In diesem Artikel wird eine quantitative Methode benutzt, die sich auf Sekundärquellen stützt und Beiträge von Victoria Agosto, Mitglied unserer Teams bei DAWN, verwendet. Die Feldforschungen bezüglich der Situation von Erika, Juana und Andrea Alejandro, der nicht binären und Transpersonen, mit denen wir zusammenarbeiten, wurden von Sara Rojas Salvador durchgeführt.

** Es ist bekannt, dass der Begriff „Femizid“ in den 70er Jahren von Diana Russell eingeführt wurde und die von Männern ausgeführte sexualisierte Mordpolitik an Frauen bezeichnet. Diese wird durch Verachtung, Hass, Machtausübung oder Besitzansprüche den Frauen gegenüber ausgelöst. Jahre später hat die Mexikanerin Marcela Lagarde das Konzept des „Feminizids“ eingeführt, um „die Gesamtheit der Menschenrechtsverletzungen, die Verbrechen, Entführungen, das Verschwindenlassen von Frauen und Mädchen im Kontext eines institutionellen Kollaps“ zu bezeichnen. In diesem Sinne wird dem Staat, sei es aufgrund von Handlung oder ihrer Unterlassung, eine größere Verantwortung für die Frauenmorde zugeschrieben. Beide Konzepte wurden später in feministischen Debatten problematisiert und erweitert. In diesem Text benutzen wir den Begriff „Feminizid“ und übernehmen den Ansatz bezüglich der unterschiedlichen Ausdrucksformen des Feminizids und der Frauenmorde in Ciudad Juárez zwischen 1993 und 2005 von Julia Estela Monárrez Fragoso. Desweiteren beziehen wir uns mit diesem Konzept auf die feministisch-materialistische Analyse von Jules Falquet (2017), um die neoliberale Neuordnung der Gewalt zu untersuchen, ohne dabei eine atemporale und verallgemeinernde Blickweise anzunehmen.

der Ansatz, Wirtschaft und Gewalt zusammenzudenken, zeigt eine Wertübertragung aus dem Globalen Süden auf, sowohl aufgrund der Ausbeutung der Rohstoffe, als auch aufgrund der im Globalen Norden eingesetzten Arbeitskraft (die direkt mit globalen Fürsorgeketten verbunden ist). Diese Perspektive trägt dazu bei, das Entstehen der verschiedenen Formen der Gewalt als globales Phänomen zu verstehen, da der Pakt zwischen Kapitalismus, Patriarchat und Kolonialität eine Weltordnung bildet.

Das hegemoniale Narrativ über Gewalt, das diese als isolierte und unartikulierte Problematik darstellt, wird in Frage gestellt und angestrebt, die Gewalt als regional verschieden auftretendes Element zu verstehen, das aber innerhalb eines Systems entsteht. Schließlich wird die Thematik im Kontext der Corona-Pandemie aktualisiert, ohne dabei die vorher bestehende „Normalität“ des Kapitalismus, des Patriarchats und der Kolonialität aus den Augen zu verlieren.

Das Motto „Wenn unser Leben nichts wert ist, dann produziert doch ohne uns“, war im März 2018 auf den Straßen Lateinamerikas und der Karibik zu hören. Es war die feministische Bewegung, die das weitreichende Zusammenspiel von Patriarchat und Kapitalismus im internationalen Streik der Sorgearbeit am 8. März als Aufschrei, als Transparentspruch und Graffiti sichtbar machte. Bedeutsam ist hierbei, dass die feministische Bewegung sich in Anbetracht der alarmierenden Zahlen der Feminizide auf unserem Kontinent* auf den Kampf darum, am Leben zu bleiben, konzentriert und gleichzeitig die produktive und reproduktive Arbeit, die die Reproduktion des Kapitals sichert, sichtbar macht.

Einige Monate später, im Mai 2018, veranstalteten junge Frauen in Chile unter dem Motto „Das Patriarchat und die Gesetze des Marktes abtreiben“ einen massiven „feministischen Universitätsstreik“,

* Laut dem von Small Arms Survey erarbeiteten Bericht, der von der UN Women zitiert wurde, liegen 14 von den insgesamt 25 Ländern mit der höchsten Feminizid-Rate in Lateinamerika. Für weitere Informationen: <http://www.smallarmssurvey.org/about-us/highlights/2016/highlight-rn63.html>

der die Konsequenzen anprangerte, die der Neoliberalismus im Bildungsbereich mit sich bringt, sowie die von Professoren und Studenten dieser Institutionen ausgeübten Machtmissbräuche, sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen verurteilte (Richard, 2019).

Die jüngsten, massiven Demonstrationen von feministischen Bewegungen auf den Straßen schafften es, die Herrschaftsverhältnisse, die Ausbeutung und die Unterdrückung, sowie die tiefgreifenden Verknüpfungen zwischen den unterschiedlichen Gewaltformen, die unser Leben strukturieren, aufzuzeigen. In diesem Sinne stellen sich folgende Fragen: Wie genau haben in den letzten Jahren die Formen der ökonomischen Gewalt, die dem Kapitalismus eigen sind, und die Formen der sexistischen Gewalt funktioniert? Welche Verbindungen und Verflechtungen bestehen zwischen ihnen und ihrer Materialisierung im Leben von Frauen? Wie ist die blinde Rechtfertigung des neoliberalen Bildungsmodells mit der Reproduktion patriarchaler Gewaltformen in den Schulen und Universitäten verknüpft? Was geschah mit den Formen der Neuordnung der Gewalt gegen Frauen, Kinder und LGBTQI+-Personen während der Pandemie? Wie zeigen sie sich und was bedeuten sie im aktuellen Kontext der Pandemie, des Lockdowns und einer multidimensionalen Krise?

Dieser Text zielt darauf ab, zu der Analyse der systematischen Beziehung zwischen Patriarchat, Kapitalismus und Kolonialität beizutragen, indem die verschiedenen Gewaltformen zur Debatte gestellt werden. Er verweist allgemein auf den wiederkehrenden und historischen Einfluss, den das kapitalistische Modell bei der Produktion verschiedener Gewaltformen hat und die wiederum durch die Umsetzung des Neoliberalismus in den lateinamerikanischen Ländern, sowie durch die allgemeine Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die ökologische Krise und die Krise der Sorgearbeit, in der wir uns befinden, verschärft wird.

2. Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Patriarchat und Kolonialität in Lateinamerika: Kontextualisierung der Gewaltformen

Die Entwicklung des Kapitalismus als Produktionsweise und soziale Ordnung zeichnet sich durch eine hohe Konzentration des Reichtums in den kapitalistischen Monopolen aus; sie ist geprägt durch Kriege, Militarisierung und Zerstörung unterschiedlicher Lebenswelten; durch Landflucht und notgedrungene Migration; durch Plünderungen und Enteignungen ressourcenreicher indigener Regionen; durch eine Phase der Verlängerung der Arbeitszeiten bei gleichzeitiger Prekarisierung und Arbeitsplatzunsicherheit; durch Löhne, die permanent durch die Durchsetzung von Sparmaßnahmen abgewertet werden (seit Mitte der 70er Jahre in einigen Ländern wie Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay auch durch die Politik der einsetzenden zivil-militärischen Diktaturen; Mitte/Ende der 80er Jahren auch in anderen Regionen); durch eine festgefahrene Organisation der vor allem von Frauen ausgeführten Sorgearbeit, die sich in Momenten der Krise durch die Zunahme der Arbeit im Haushalt und der unbezahlten Sorgearbeit verschlimmerte.

Seit den 90er Jahren ist auf globaler Ebene eine neue Phase der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zu beobachten, die sich durch zwei Hauptmechanismen auszeichnet: den Gebrauch der repressiven Staatsmacht und die Staatsverschuldung. Zudem haben sich die Geschlechterungleichheit und die negativen Folgen, die die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf Frauen hat, durch das Fortschreiten der Privatisierung der natürlichen Ressourcen und der staatlichen Sozialleistungen verschlimmert (Sen, 2015). Die genannten Elemente haben Gesellschaften geschaffen, die sich auf der Basis von struktureller und systemischer Gewalt organisieren und in denen die stärksten Ausdrucksformen dieser Gewalt die ökonomische und die sexistische Gewalt sind.

Zur bereits existierenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung kommt die gravierende Steigerung der Gewalt gegen Frauen (Feminizide, Gräueltaten, Menschenhandel, etc.) hinzu, die aus der Gewalt ein Merkmal der aktuellen Phase des Kapitalismus' macht. Dieser Krieg gegen alles Leben und gegen Frauen im Besonderen enthüllt so die historischen Grundlagen des Kapitals und des Patriarchats: die auferzwungene Rolle der Sorgenden, die nicht nur die materielle Reproduktion der Arbeitskraft ermöglicht, sondern auch bei der emotionalen Fürsorge der Arbeiterinnen eine zentrale Rolle spielt. Dank des Feminismus wissen wir: „sie nennen es Liebe, wir nennen es unbezahlte Arbeit“ (Federici, 2018; Dalla Costa, 2009).

Da unsere Arbeit der emotionalen Fürsorge ermöglicht, den Wahnsinn des Kapitalismus und seine Auswirkungen auf das Leben der Arbeiter*innen zu verringern, wird jeder Versuch, uns von dieser auferzwungenen Rolle der sozialen Reproduktion zu befreien, jeder noch so kleine Hauch von Freiheit und Wahlmöglichkeit, der sich uns bietet, mit Gewalt und Gräueltaten bestraft, mit der permanenten Kontrolle über unsere Körper, der Kontrolle über unsere Entscheidungen; mit der Kontrolle möglicher Lösungsansätze, die wir finden, um wirtschaftliche Probleme zu überwinden; zusammengefasst mit der Kontrolle unseres Rechts auf Leben und über die Freiheit zu entscheiden, wie wir leben wollen.

Tatsächlich führt der Platz, den wir Frauen im Kapitalismus einnehmen, auch zur Entwicklung von verstetigten Mechanismen, die garantieren sollen, dass wir unsere Rolle bei der Reproduktion und bei der Erhaltung der Arbeitskraft erfüllen. Diese Mechanismen basieren nicht nur auf der Verpflichtung, die Fürsorge und Reproduktion des Lebens zu gewährleisten, sondern auch auf der Pflicht, unser vorgeschriebenes Los als Mütter zu erfüllen.

Im Laufe der Entwicklung der Kapitalkraft gliederten diese Mechanismen, die uns auf die Rolle der Reproduktion reduzieren, die weibliche Arbeitskraft nach und nach mit in den Produktionsbereich ein (allerdings unter Bedingungen größerer Ausbeutung und

Prekarisierung im Verhältnis zu den Männern) und finden ihr patriarchales Pendant in der Disziplinierung von Frauenleben und in der Kontrolle über ihre Körper.

Feministische Ansätze haben bei der Analyse des Kapitalismus große Beiträge geleistet: einerseits was die kritische Betrachtung seiner Herkunft, Funktionsweise und Dynamiken betrifft und andererseits in Form eines erneuerten und ganzheitlichen Verständnisses des Marxismus. In diesem Sinne können mehrere Aspekte der feministischen Theorie und Forschung über das Zusammenspiel zwischen Kapitalismus und Patriarchat genannt werden:

1. Es wird aufgedeckt, dass die Existenz des Kapitalismus nur durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung möglich ist (die festlegt, dass die produktive Lohnarbeit die einzige, existierende Arbeit und die reproduktive, unbezahlte Arbeit eine natürliche Tätigkeit von Frauen ist und infolgedessen keine Arbeit);

2. die zentrale Rolle der unbezahlten Arbeit, die die Reproduktion der Arbeitskraft und ein nachhaltiges Leben ermöglicht, wird verdeutlicht, da so unsere gegenseitige Abhängigkeit und unsere Abhängigkeit von der Umwelt offensichtlich wird;

3. die Rolle der Wertübertragung und Subvention der Sorgearbeiten für die Gewinnspanne und die Kapitalansammlung wird aufgezeigt;

4. und das Aufkommen einer neuen patriarchalen Ordnung wird erklärt; einer Ordnung, die mithilfe der Kultur, der Politik und der Wirtschaft festlegt, dass Frauen und feminisierte Menschen im Allgemeinen eine untergeordnete und sekundäre Rolle spielen, das heißt im Vergleich zu den Männern und dem Männlichen weniger wert sind. Diese Untersuchungsansätze weisen Überschneidungen mit den feministischen Studien der 80er Jahre auf, die vom Globalen Süden und aus der Perspektive der „Frauen der Dritten Welt“ heraus Theorien aufgestellt haben und eine neue, kritische Blickweise auf „Entwicklung“ und deren Einfluss auf die Beschaffenheit der internationalen, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung prägten (Benería

und Sen, 1982). Dieser neue Blickwinkel bot einen alternativen Ansatz zu den Untersuchungen, die die UNO bezüglich der „Frau in der Entwicklung“ durchführte. Anfang des neuen Jahrtausends ermöglichten es die Analysen der neuen feministischen Bewegungen des Südens* festzustellen, auf welche Weise wirtschaftliche, ökologische, geschlechtsspezifische und digitale Gerechtigkeit miteinander verknüpft und inwiefern sie bedroht sind.

Mit der Festigung dieser Ordnung, und den konstanten Krisen besitzen das Weibliche, das Feminisierte und die Frauen nicht nur weniger, sondern keinen sozialen Wert mehr. Unsere Existenzen und Körper werden als wertlos und entbehrlich angesehen und es ist notwendig, ihnen gegenüber „eine Pädagogik des Grausamkeit“ (Segato, 2018) anzuwenden, die durch Angst und Terror eine Botschaft der Disziplinierung vermittelt: eine Erinnerung daran, dass wir im patriarchalen und kapitalistischen System einen untergeordneten und auf das Zuhause beschränkten Platz einnehmen:

„Es handelt sich um Verbrechen des kolonialen, modernen Patriarchats hoher Intensität, die sich gegen alles richten, was es destabilisiert, gegen alles, was anscheinend gegen es konspiriert und seine Kontrolle in Frage stellt, gegen alles, was außerhalb seiner Kontrolle rutscht, mit den vielfältigen Strategien und alltäglichen Taktiken, mit denen viele von uns, absichtlich oder unabsichtlich, der patriarchalen Überwachung entrinnen bzw. entgleiten und ihr Ungehorsam entgegenbringen“ (Segato, 2016: 96).

* Es handelt sich hierbei um den konzeptuellen Rahmen, der vom Netzwerk der feministischen Aktivist*innen und Akademiker*innen von DAWN entwickelt wurde. Der Ausgangspunkt war, eine Perspektive bezüglich der politischen Ökonomie der Globalisierung; der Politischen Ökologie; der politischen Umstrukturierung und dem sozialen Wandel; der Wirtschaftspolitik des Konfliktes und der Gewalt gegen Frauen; der Gesundheit und der sexuellen und reproduktiven Rechte auszuarbeiten, die die einzelnen Aspekte miteinander verknüpft, anstatt sie isoliert zu betrachten (Sen und Durano, 2015).

Es ist also offensichtlich, dass dieses historische Projekt der Vorherrschaft gezwungen ist, Konsens und Zwang miteinander zu verbinden, um auf globaler Ebene zu bestehen. Die unterschiedlichen Gewaltformen liegen demnach in der Natur dieses Systems selbst und werden durch die Phase, in der wir uns befinden, noch verschärft: eine Phase, die dem Moment der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals gleicht und den absoluten Mehrwert der Lohnarbeit und der reproduktiven Arbeit ins Zentrum stellt (Federici, 2018); und gleichzeitig findet ein Prozess der Automatisierung und des Datenextraktivismus statt, der nicht nur zum Ziel hat, die Profitrate der transnationalen, milliardenschweren Unternehmen zu steigern, sondern auch die Materialität der Arbeit und die Arbeitsrechte unsichtbar zu machen (Partenio, 2020; Gurusurthy, 2020). In diesem Sinne zwingt das durch den Plattformkapitalismus auferlegte Modell zu veränderten Spielregeln im Gesamtszenario, in dem die Unternehmen durch Enteignung Daten sammeln (das neue Erdöl des 21. Jahrhunderts) und in dem die Personen überall auf der Welt ihrer Daten, die sie tagtäglich produzieren, beraubt werden. Diese neue Dynamik des Extraktivismus* verändert auch die Wirtschaftstätigkeiten (Gurusurthy, 2020).

Diese Art des Kapitalismus wird durch den Neoliberalismus noch verstärkt. Es sei daran erinnert, dass dieses Projekt von den globalen Eliten vorangetrieben wird, um ihre Profitrate auf drei unterschiedliche Arten und Weisen zu erhöhen: Differenzialrenten** auf Grund

* Extraktivismus: Im Spanischen geläufiges Konzept, dass die Ausbeutung, also wortwörtlich, die Extraktion von Rohstoffen (Mineralien aus dem Boden, Agrarprodukte etc.), aber auch das Extrahieren von Kulturgütern, (traditionellem) Wissen, Informationen und Daten aus dem Globalen Süden benennt. (Anm. d. Ü.)

** Marx beschreibt die Differenzialrente auf Grund und Boden „als das Resultat der verschiedenen Produktivität gleicher Kapitalanlagen auf gleichen Bodenflächen von verschiedener Fruchtbarkeit, so daß die Differentialrente bestimmt war durch die Differenz zwischen dem Ertrag des Kapitals, das im schlechtesten, rentelosen Boden angelegt ist, und dem des Kapitals, das im bessern angelegt ist“ (MEW 25: 686). Das bedeutet, dass die Gewinne, die Teil der Differenzialrente sind, aus aufeinanderfolgenden Kapitalinvestitionen stammen, die auf der selben Bodenfläche getätigt werden und bei der jede Investition weniger produktiv ist

und Boden und Akkumulation durch Enteignung; Schädigung und Prekarisierung der Arbeiter*innen durch Abwertung des Lohns; Hausarbeit und unbezahlte Sorgearbeit, die größtenteils von Frauen erledigt werden, ein Zustand, der Einsparungen für Unternehmer und Subventionen für die Akkumulation und die Profitrate des Kapitals bedeutet.

Die Forschungen über die Akkumulation des Kapitals durch Enteignung, die kritische Feminist*innen des Globalen Südens durchgeführt haben, zeigen, dass Frauen, die Natur und die Menschen in verarmten Ländern die Basis bilden, auf die sich die Prozesse der kapitalistischen Akkumulation stützen. Ihre Unterwerfung und Ausbeutung sind weiterhin Voraussetzungen für die Reproduktion des neoliberalen Modells, weshalb es unerlässlich ist, das historische und aktuelle Zusammenspiel zwischen der geschlechtsspezifischen, der sozialen und der internationalen Arbeitsteilung zu verstehen (Samuel und Gunasekara, 2019).

In diesem Sinne verweisen wir auf die feministischen Analysen der politischen Ökonomie des Krieges – die in den verschiedenen Regionen ihre Besonderheiten haben – und der verschiedenen Formen, in denen Kriege Geschlechtsidentitäten hervorbringen und sie umgestalten. Aus diesem Blickwinkel heraus ist es wichtig zu verstehen, dass die Gewalt im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Organisation steht und dass die Geschlechterverhältnisse und die Gewalt sich gegenseitig bedingen (Confortini, 2006).

In Lateinamerika haben die Reprimarisierung* der Wirtschaft und die aggressive Ausbreitung des Extraktivismus' (sowie die

als die vorangegangene. Bis die letzte Investition eine Produktivität aufweist, die dem Marktpreis entspricht.

* Maristella Svampa (2011) definiert Reprimarisierung als Produktionsweise mit hoher Spezialisierung auf Extraktivismus, freie Produktionszonen für ausländische Unternehmen und wirtschaftlicher Konzentration; sie fasst Extraktivismus also weiter als die Ausbeutung traditioneller natürlicher Ressourcen, und schließt auch Agrobusiness sowie Infrastrukturprojekte ein, die den Handel mit diesen Produkten erleichtern (Anm. d. Red.).

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen in den Städten und das Maß der Ausbeutung und Prekarisierung) eine neue Welle der Kontrolle und Regulierung hervorgerufen, die nicht nur durch das Kapital ausgelöst wird, sondern auch durch die allgemeine Krise der Staaten und ihrer politischen Systeme. Gleichzeitig wird die Rolle des Staates, sowie die Lobby ultra-konservativer Gruppen bei der Kontrolle über unsere Körper weiter verstärkt, mit dem einzigen Ziel, die Reproduktion der Arbeitskraft des Kapitalismus aufrechtzuerhalten, (Corrêa und Kalil, 2020; Torres Santamaría, 2020).

In diesem Szenario bildet sich das heraus, was Segato „informelle Konfliktivität und nicht konventionelle Kriege“ nennt. Diese haben ihre eigenen Besonderheiten in Lateinamerika: die Verbindungen zwischen dem organisierten Verbrechen, den paramilitärischen und den staatlichen Kräften, die paramilitärisch agieren; das Voranschreiten des Drogenhandels in weiten Gebieten und die Präsenz der privaten Sicherheitskräfte im Dienste der Konzerne. Diese Kartografie des Krieges und der Konflikte zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus: „sie besitzen keinen Anfang und kein Ende und sind nicht auf einen bestimmten Raum oder eine bestimmte Zeit beschränkt“; sie entstehen durch die von Konzernen ausgeübte Gewalt und äußern sich auf spezielle Art und Weise in den Körpern von Frauen und feminisierten Körpern (Segato 2014).

Die Gewalt der Konzerne hat große Auswirkungen auf die Herausbildung jener Subjektivitäten, die das Aufrechterhalten des Kapitalismus legitimieren.

„In dieser extremen und apokalyptischen Phase, in der Plünderung, Verdrängung, Entwurzelung, Versklavung und Ausbeutung bis aufs letzte der Weg der Akkumulation des Kapitals sind – d.h. das Ziel, welches das historische Projekt des Kapitals verfolgt – ist es wesentlich, die menschliche Empathie so weit es geht einzuschränken und die Personen darauf zu trainieren, dass sie alltägliche Gräueltaten ausführen, tolerieren und mit ihnen leben können.“ (Segato 2016: 99)

Eine andere Herangehensweise, die hier erwähnt werden soll, analysiert die ökonomischen und sexistischen Gewaltformen in den politischen Maßnahmen und den unterschiedlichen Leitplänen (road maps), die Länder ergreifen, um die „Route der Gewalt“ (Rodríguez und Pautassi 2016: 8) zu erfassen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Untersuchungen, die die Folgen und Kosten betrachten, die die Einführung bzw. die Abwesenheit von Präventivmaßnahmen und Maßnahmen zur Überwindung sexistischer Gewalt nach sich ziehen. Diese Art der Analyse beinhaltet zwar einige kontroverse Punkte (da ihre Schätzungen von den Steuerausgaben der Staaten ausgehen und sie die Diskussion über Gewalt gegen Frauen damit auf einen finanziellen Wert reduzieren), aber trotzdem lohnt es sich, einige dieser Elemente mit einzubeziehen, da sie dazu beitragen können, besser zu verstehen, welche ökonomischen Konsequenzen die Umsetzung bzw. die Abwesenheit dieser politischen Maßnahmen in verarmten Ländern wie in Lateinamerika oder der Karibik haben können.

Ein Großteil der Maßnahmen zur Bewältigung der Gewalt, der Teil der Leitpläne ist, berücksichtigt weder die konkreten Lebensverhältnisse von Frauen, noch die Schwierigkeiten, auf die sie stoßen, wenn sie Anzeige erstatten oder versuchen herauszufinden, wie sie weiter vorgehen können (Probleme wie Zeitmangel, Mangel an ökonomischen Ressourcen oder Netzwerken, die helfen können, Entscheidungen zu treffen etc.). In Lateinamerika ist einer der größten Mängel bezüglich der Vorgehensweise gegen machistische Gewalt die Abwesenheit von Reparationsmaßnahmen im Falle von Feminiziden. In nur wenigen „Ländern wurden tatsächlich dauerhafte Maßnahmen zugunsten der Kinder der Opfer, wie die Entschädigung im Falle von geschlechtsspezifischer Gewalt, ergriffen“ (Rodríguez und Pautassi 2016: 8). Dazu kommen auch die Schwierigkeiten bei den Schätzungen der steuerrechtlichen und wirtschaftlichen Kosten, die durch fehlende Informationen und durch die gesetzlichen Rahmen zur Gewalt gegen Frauen (die nicht immer die Besonderheiten und Vielfalt der Gewaltformen berücksichtigen) entstehen.

Im Falle Argentiniens sieht der Staat das Genehmigen von bezahltem Urlaub für Frauen im öffentlichen Dienst und Pensionen für die Kinder von Opfern geschlechtsspezifischer Gewalt vor, sowie die Fortbildung eines Teams spezialisierter Anwälte im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt und neuerdings auch die Umsetzung der Inhalte des Gesetzes „Micaela“ für alle Beamten und Angestellten der drei Gewalten, also auch der Judikative.

Weitere Maßnahmen bildeten die Bemühungen um die Verbesserung der „finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und sich sozioökonomisch in einer schwierigen Lage befinden“ (Rodríguez und Pautassi 2016: 5). Die Programme, die die oben genannten Ziele verfolgen, waren allerdings von den Haushaltsdebatten und der Umstrukturierung der Hilfsmaßnahmen zur beruflich-sozialen Inklusion, die in den letzten vier Jahren unter der neoliberalen Regierung Mauricio Macris stattfanden, betroffen. Die vier Initiativen „beanspruchen nicht nur keine exzessiven Steuergelder, sondern sind aufgrund ihrer geringen steuerpolitischen Belastung vielmehr ein Hinweis darauf, dass es für die staatlichen Entscheidungsträger*innen durchaus machbar ist, sie einzuführen. Genau genommen könnten sie ihren Pflichten den Kindern, Frauen und Jugendlichen gegenüber nachkommen, ohne dass das Argument der erhöhten Steuerbelastung ein Hindernis wäre.“ (Rodríguez und Pautassi, 2016: 42). Dies zeigt, dass (abgesehen von der Dringlichkeit und Notwendigkeit, den sexistischen Gewaltformen vorzubeugen und sie zu beseitigen) die Staaten durchaus finanziell in der Lage sind, solche Maßnahmen umzusetzen.

* Dieses Gesetz wurde im Januar 2019 erlassen und verpflichtet alle im öffentlichen Dienst der Exekutive, Legislative und Judikative des Staates tätigen Personen zu Fortbildungen im Bereich Gender und geschlechtsspezifische Gewalt: <https://www.argentina.gob.ar/generos/ley-micaela>



3. Darstellung der Gewaltproblematik

In den folgenden Unterabschnitten werden wir uns der Analyse der unterschiedlichen Verknüpfungen zwischen den ökonomischen und den patriarchalen Gewaltformen widmen, wobei wir von konkreten Beispielen ausgehen wie Enteignung und Ausbeutung, Zunahme des Gehaltgefälles, Herausbildung von globalen Ketten der Sorgearbeit im Nord-Süd-Kontext, Ausbreitung der Einflussnahme von Konzernen auf staatliche Strukturen und Desinvestition*, Sparmaßnahmen in öffentlichen Kassen und bei den Leistungen, ungerechte Verteilung der Steuern und Abgaben und Ausdehnung von illegalen Finanzströmen aus Ländern des Globalen Südens in den Globalen Norden.

Was die Konzentration des Reichtums während der COVID-19-Pandemie angeht, sind die Zahlen stetig gestiegen: Seit dem Beginn der Einführung des Lockdowns und der sozialen Isolationsmaßnahmen haben die reichsten Menschen der Welt ihren Reichtum um 48,2 Millionen US-Dollar vergrößert (bis Juli 2020). Das ist ein Drittel der Gesamtsumme der Förderpakete aller lateinamerikanischen Länder und der Karibik (OXFAM, 2020). Gleichzeitig haben Untersuchungen ergeben, dass es acht neue Milliardäre in der Region gibt (also Personen, deren Vermögen die Milliardengrenze in US-Dollar überschreitet).

Diese Kartografie der Gewalt hat direkten oder indirekten Einfluß auf das Leben von Jugendlichen, Frauen, Kindern und Personen der LGBTQI+ Communities, verstärkt die internationale geschlechtsspezifische und rassistische Arbeitsteilung und vertieft die Ungleichheiten, die während der Pandemie sichtbar wurden. Aber wie einige transfeministische Aktivistinnen aus Guayaquil (Ecuador) schmerzhaft feststellten sind es eben nicht nur die Wunden, die die Vernachlässigung in Zeiten der Pandemie hinterlässt: „Da wo ich herkomme werden wir schon immer übersehen“ (Juana). Während dieses Lockdowns wurde

* Wir sprechen von Desinvestition als Teil der strukturellen Reformen und als Vorgehensweise des Staates, sich zurückzuziehen oder nicht mehr in öffentliche und gesellschaftlich wichtige Infrastruktur, Programme usw. zu investieren.

klar, dass „wir nicht einen einzigen Cent bekommen, nicht vor, nicht während und auch nicht nach der Pandemie. Auch keinerlei emotionale oder sonstige Unterstützung“ (Erika).

3.1. Landnahme und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen

Einer der Indikatoren, um den Verlauf der Konzentration des Reichtums und die Festigung der Profitrate weltweit zu untersuchen, ist der Landbesitz. Wer die Besitzer sind und wie viel Land sie sich aneignen, steht in direkter Verbindung zu den Gewinnspannen der weltweiten Eliten, vor allem wenn es sich um Kontinente handelt, deren Akkumulationsstrategie auf dem Modell der Rohstoffexportation und auf dem Ertrag aus Extraktivismus basiert.

Feministische Studien haben bewiesen, dass nur ein sehr geringer Prozentsatz lateinamerikanischer Frauen allgemein (und im besonderen des ländlichen und indigenen Sektors) die Möglichkeit hat, Land zu erwerben, darüber zu bestimmen und ins Grundbuch eingetragen zu werden (Deere und León, 2001). Die Autorinnen haben die Folgen der sogenannten „neoliberalen Gegenreformen“ aufgezeigt, die eine neue Phase der Umstrukturierung des Agrarsektors in den lateinamerikanischen Ländern einleiteten und zur Privatisierung und/oder wachsenden Individualisierung des Rechts auf Land führten. In diesem Punkt ist es wichtig, die Konzepte der patriarchalen Gewalt mit der patrimonialen Gewalt als Form der ökonomischen Gewalt* zu verknüpfen.

* Es seien hier gewisse Fortschritte in der Gesetzgebung einiger Länder – wie etwa Argentinien – erwähnt, in denen es Gesetze zum *Allgemeinen Schutz und zur Prävention, Bestrafung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen* gibt und die Existenz von wirtschaftlicher und patrimonialer Gewalt anerkannt ist, da man sie als „Beeinträchtigung in den wirtschaftlichen oder patrimonialen Ressourcen der Frauen“ versteht und zwar „durch Beeinträchtigung in den Besitz-, Eigentums- oder Vermögensansprüchen; durch den Verlust, die Entziehung, die Zerstörung, die Einbehaltung oder die unbefugte Entwendung von Gegenständen, Arbeitsinstrumenten, Personaldokumenten, Besitztümern, Wertgegenständen und patrimonialen Rechten; durch die Einschränkung der finanziellen Mittel zur Befriedigung der Grundbedürfnisse oder durch den Entzug der lebensnotwendigen Mittel, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen; durch die Beschränkung und

Die patrimoniale Gewalt gefährdet zudem häufig andere Aspekte im Zusammenhang mit dem Zugang zu Landbesitz und der Entscheidung über seine Nutzung sowie dem Zugang zu Lebensraum. Ein Aspekt sind zum Beispiel die Folgen von bewaffneten Konflikten, die die Zwangsumsiedlung von Bevölkerungsgruppen, Mädchen und Frauen verursachen. Im dramatischen Fall des Krieges in Kolumbien müssen wir feststellen, dass die Studien von nationalen und internationalen Experten sich in den meisten Fällen nicht mit den immanenten Gründen der Gewalt gegen Frauen befassen.

Diese Studien, wenn auch sicherlich sehr wertvoll, konzentrieren sich nur auf eine traditionelle Definition sexualisierter Gewalt (Vergewaltigungen, sexueller Missbrauch, Menschenhandel, etc). Tatsächlich wird die geschlechtsspezifische Gewalt nur in seltenen Fällen als umfassenderes Konzept wahrgenommen, da diese Analysen normalerweise die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Aspekte übersehen, die die Lage von Frauen in Kriegsgebieten bedingen. In diesem Sinne heben Montaña und Holstine (2019) hervor wie wichtig es ist, gegen traditionelle Narrative vorzugehen, die davon überzeugen wollen, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen „bezüglich des Geschlechts und der geschlechtsspezifischen Gewalt neutral sind“; die Maßnahmen, die von der kolumbianischen Regierung durchgesetzt wurden, hatten negative Folgen für die Frauen, da sie alte Allianzen zwischen Paramilitärs und Großgrundbesitzern erneuerten, was wiederum zu neuen Zwangsumsiedlungen führte.

Kontrolle ihres Einkommens, sowie die ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit am gleichen Ort.”

Für weitere Information: <https://www.argentina.gob.ar/derechoshumanos/proteccion/genero/tipos-de-violencia>.

Sowie Paragraph 10 des Verfassungsgesetzes für die Prävention, Bestrafung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen Ecuadors, der auch die wirtschaftliche und die patrimoniale Gewalt miteinbezieht: https://www.igualdad.gob.ec/wp-content/uploads/downloads/2018/05/ley_prevenir_y_erradicar_violencia_mujeres.pdf In diesem Sinne ist es wichtig, die Kluft zwischen den bereits existierenden Gesetzen, den dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und der Umsetzung der Präventivmaßnahmen zu betrachten.

3.2. Arbeitswelt: Zunahme der Prekarisierung und der sozialen Benachteiligung

Wie bereits anfänglich erwähnt, haben sich in Lateinamerika und in der Karibik die Bedingungen und Rechte der Arbeiter*innen in den Städten zunehmend verschlechtert und die Ausbeutung und Prekarisierung haben zugenommen. In diesem Kontext verstärkten sich die Tendenzen zu Arbeitsverhältnissen mit outgesourceten Arbeitsverträgen (*deslaborización*)*, die Einkommensmöglichkeiten für Jugendliche allgemein und für Frauen und Migrantinnen im Besonderen in stark deregulierten Branchen der digitalen Wirtschaft schufen. Diese besorgniserregenden Entwicklungen sind in Ländern wie Argentinien und Ecuador, aber auch in Chile und Brasilien, wo es Versuche oder konkrete Fortschritte bei Reformen auf dem Arbeitsmarkt gab, besonders gravierend.

Bei diesen Programmen ist das Gefährlichste der Versuch, bestimmte rechtliche Figuren wie den „Freiberuflichen“, den „Selbständigen“ und den „Freelancer“ zu schaffen. Doch die Existenz dieser Figuren trägt noch stärker dazu bei, dass die Arbeitsverhältnisse vollständig unsichtbar gemacht werden und kreierte gleichzeitig den „Scheinselbständigen“ und die Fantasie des „unabhängigen Arbeitnehmers“. Zeitgleich zeigen die Erweiterung der neuen Formen der digitalen Arbeit und die Auswirkungen, die diese auf das Leben von Frauen haben, eine eindeutige und konkrete Lage auf: Einer der wichtigsten Gründe, aus dem die Arbeiter*innen sich für diese Art der Arbeit entscheiden, ist auf die Abwesenheit von politischen Maßnahmen zur gemeinsamen Verantwortung für Pflege und Sorgearbeiten zurückzuführen, sowie die Notwendigkeit, häusliche und berufliche Verpflichtungen miteinander vereinbaren zu müssen (Scaserra und Partenio, 2020).

* Die Arbeit mit outgesourceten Arbeitsverträgen (*deslaborización*) ist die Auslagerung der Einstellungspolitik und die Regulierung der Arbeitsverhältnisse seitens der Unternehmen durch „zivile oder handelsrechtliche Verträge, die es erlauben, die Kosten zu senken und gleichzeitig einen Verlust an Arbeitsrechten für die Arbeiter bedeuten“ (Edo, 2017).

Von den oben genannten Themen würde die Förderung des sogenannten „weiblichen Unternehmertums“, das zum Aushängeschild internationaler Veranstaltungen, Wirtschaftsforen und Diskursen der großen Konzerne wurde, ein eigenes Kapitel verdienen. Auch wenn der Ansatz politischer Maßnahmen aufgenommen wird, der auf die „wirtschaftliche Entwicklung“ von Frauen aus peripheren Ländern durch das Schaffen von politischen Maßnahmen für den Zugang zu Mikrokrediten abzielt, wurde diese Agenda im Jahr 2018 während des Women20 – das in Argentinien stattfand und Frauen in Führungspositionen, Unternehmerinnen, Vertreterinnen der G20-Länder versammelte – wiederbelebt. In diesen Debatten wird behauptet, dass die „Inklusion in den Arbeitsmarkt“, „die digitale Inklusion“, die „finanzielle Inklusion“ und die „ländliche Entwicklung“ der sozial benachteiligten Frauen, durch die Förderung des „Unternehmertums“ möglich wäre. Es ist als individueller Lösungsansatz gedacht, der sich auf persönliche Erfolge und Leistungen stützt und im „Paradigma des Unternehmers“ verankert ist (Partenio und Pita, 2020). Hierbei ist es wichtig hervorzuheben, dass die Förderung des „Unternehmertums“ in starkem Kontrast zu den Erfahrungen der sozialen, solidarischen und selbstverwalteten Wirtschaft, die seit mindestens 20 Jahren in Lateinamerika und in der Karibik existieren, steht.

Die genannten Formen der Arbeit (die während der Pandemie zugenommen haben), vertiefen jedoch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, anstatt ökonomische Unabhängigkeit zu fördern. Dieses Panorama ist zudem in einer Region zu finden, in der die informelle Beschäftigung, unangemeldete Arbeit, niedrige Löhne und Arbeitslosigkeit weiterhin hoch sind, was insbesondere Frauen betrifft.

Wie wir in den Statistiken der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sehen können, weisen sowohl die Beschäftigungsstruktur, als auch die Löhne starke Ungleichheiten auf:

Lateinamerika (16 Länder): Elemente der informellen Beschäftigung nach geografischem Gebiet und Geschlecht, 2017 (in Prozent).

Gesamt	Informelle Beschäftigungsverhältnisse						Mit formeller Beschäftigung
	Gesamt	Im informellen Sektor	Außerhalb des informellen Sektor				
			Gesamt	Im formellen Sektor	In Haushalten angestellt		
Im ganzen Land							
Gesamt	100	50,6	37,6	13	9	4,1	49,4
Männer	100	51	40,8	10,2	9,2	1	49
Frauen	100	50,2	33,1	17	8,6	8,5	49,8
In Städten							
Gesamt	100	44,6	31,7	12,9	9	3,9	55,4
Männer	100	44,2	34,5	9,7	9,2	0,5	55,8
Frauen	100	45,2	28,1	17,1	8,7	8,4	54,8
Auf dem Land							
Gesamt	100	76,8	63,2	13,7	8,9	4,7	23,2
Männer	100	75,9	63,8	12,1	9,4	2,7	24,1
Frauen	100	78,8	61,9	16,9	8	8,9	21,2

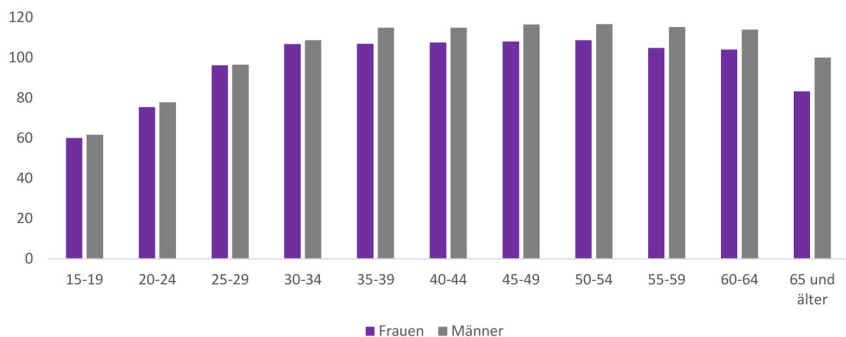
Quelle: ILO (2019).

Lateinamerika (16 Länder): Informelle Beschäftigung nach Region und Geschlecht, 2017 (in Prozent)

Region und Geschlecht	Im ganzen Land			In Städten			Auf dem Land		
	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
Lateinamerika	50,6	51	50,2	44,6	44,2	45,2	76,8	75,9	78,8
Nach Berufsgruppen									
Arbeitgeber	41	43,1	35	35,7	37	32,4	74,7	76,6	64,7
Angestellte	34,2	35,1	33	30,2	29,7	30,7	61	63,1	55,8
Selbstständige	81,6	80,9	82,6	79,5	78,8	80,5	87,4	85,9	90,9
Hausangestellte	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Mitglieder von Genossenschaften und Sonstige	35,7	32,7	40,1	31,3	23,2	40,7	43,6	45,8	38,6

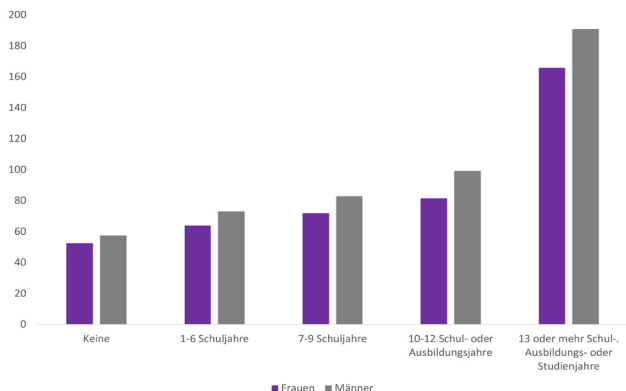
Quelle: ILO (2019)

Lateinamerika und die Karibik (17 Länder). Relative Stundenlöhne (Angaben basierend auf dem Durchschnittseinkommen von Frauen pro Land und Jahr = 100) von Männern und Frauen nach Alter, 2017:



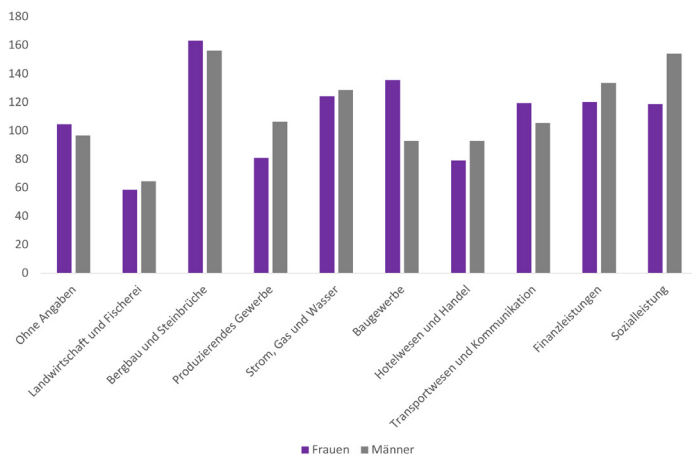
Quelle: ILO (2019)

Lateinamerika und die Karibik (17 Länder). Relative Stundenlöhne von Männern und Frauen nach Bildungsstand. 2017:



Quelle: ILO (2019)

Lateinamerika und die Karibik (17 Länder). Relative Stundenlöhne von Männern und Frauen nach Wirtschaftszweig. 2017:



Quelle: ILO (2019)

Das Vorantreiben der Rentenreformen in einigen Ländern und die zunehmende Privatisierung des Sektors in anderen, verschlechterte dieses Szenario und schuf neue Probleme. In diesem Punkt ist es wesentlich, die Dynamik, die die internationale Arbeitsteilung in Verbindung mit der Gestaltung und der Reichweite der sozialen Sicherheit erlangte, zu analysieren.

In einem früheren Artikel (Rodríguez Enríquez, 2020), haben wir untersucht, inwiefern die Sozialsysteme ein wichtiges Element sind, um den sozialen Risiken entgegenzuwirken. Die Entwicklung derselben ist in jedem Land und in jeder Region sehr unterschiedlich. Diese Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen sind auf die Gestaltung der Sozialsysteme, den Handlungsspielraum der Staaten, die sie durchführen, sowie auf den Kontext, in dem sie umgesetzt werden (also die ökonomischen Dynamiken, die Besonderheiten der Arbeitsmärkte und die sozialen Strukturen des Landes, einschließlich der Geschlechterordnungen) zurückzuführen.

Im Globalen Süden waren die Entwicklungen größtenteils unvollständig, ungenügend, segmentiert und isoliert. Eine Studie der ILO (2017) zeigt, dass im Jahr 2015 nur 45,2% der Weltbevölkerung Zugang zu mindestens einer Leistung des sozialen Sicherheitssystems hatten. In Europa und Zentralasien ist dieser Prozentsatz mit 84,1% eindeutig höher und in Subsahara-Afrika mit 12,9% deutlich niedriger.

Inwiefern ist der Zugang zu Lohnarbeit mit dem Zugang zu grundlegenden Sozialleistungen verknüpft? Welche Folgen haben diese Modelle für Frauen und LGBTQI+ Personen? Die Existenz eines Gender-Gaps im Bereich der sozialen Sicherheit ist ein historisches Problem, sogar im Falle von Modellen, die solidere Institutionen und eine umfassendere Absicherung entwickelt haben. Die Sozialsysteme, die auf der Position von Menschen auf dem Arbeitsmarkt basieren, haben dieses Gender-Gap aus dem Arbeitsbereich übernommen.

Einerseits stoßen Frauen schon immer auf größere Hindernisse, wenn es um den Zugang zu Sozialleistungen geht, und/oder haben

Zugang zu geringeren Leistungen aufgrund ihrer begrenzteren und schlechteren Erwerbsbeteiligung und ihrer Überrepräsentation im Bereich der informellen Beschäftigung, sowie ihrer geringeren Durchschnittsgehälter. Andererseits werden die unbezahlte Hausarbeit und die unbezahlte Pflegearbeit, die von einer enorm hohen Anzahl an Frauen verrichtet wird, bis heute nicht vom Sozialsystem abgedeckt. In diesem Sinne treffen Frauen aus ländlichen Gebieten, Migrant*innen, Sexarbeiter*innen und Hausangestellte bei dem Versuch, Zugang zu Sozialleistungen zu erlangen, auf strukturelle Barrieren (Rodríguez Enríquez, 2020).

Ein Teil der Bevölkerung, der sich in einer noch schlechteren Position befindet, sind trans Personen und Travest*-, die heutzutage weder Zugang zu Sozialleistungen noch zu Mindestleistungen des Gesundheitssystems und auch keinen abgesicherten Zugang zu Renten- und Altersvorsorge haben. In diesen Fällen überschneiden und überlagern sich die unterschiedlichen Schichten der Gewalt unter der diese Personen leiden, da der Zugang zu wesentlichen Rechten (Recht auf Bildung, auf Arbeit, auf Gesundheit, auf Unterkunft etc.) sowie sozialpolitische Maßnahmen nicht gewährleistet sind.

Die Lage der Rentenversicherungen hat sich in den letzten Jahren in jenen Ländern verschlechtert, die in neue Zyklen der Verschuldung mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) gerieten, da dieser den Handlungsspielraum einer selbstbestimmten Politik stark einschränkt und Reformen fordert (dazu zählt die Reform des Rentensystems als eine der beliebtesten Sparmaßnahmen).

Die Fälle Argentinien und Ecuador sind ab 2018 greifbare Beispiele dafür. Ein anderer Punkt, der hervorzuheben ist und der in globalen Studien deutlich wurde, ist die Bedrohung der sozialen

* Der Begriff *Travesti* lässt sich nicht mit dem deutschen Wort *Transvestit* übersetzen, da die Konnotationen beider Konzepte nicht übereinstimmen. *Travestis* verstehen sich selbst als eigene Geschlechtsidentität, die fest auf lateinamerikanischem Boden und besonders in sozial benachteiligten Schichten verankert ist. (Anm. d. Ü.)

Sicherheitssysteme in Krisenmomenten durch die Auszahlung der öffentlichen Gläubiger, denen Priorität eingeräumt wird. In diesem Sinne sollten die Vorschläge der Zivilbevölkerung aufgenommen und die Vorgehensweise überdacht werden, „Darlehensbedingungen zu stellen, die die Staaten dazu zwingen, ihre Sozialsysteme abzubauen“ (Globale Allianz für den Aufbau einer sozialen Grundsicherung, 2018).

Wenn auch von einigen Regierungen der Region Maßnahmen vorgenommen wurden, stießen die einzelnen Fortschritte Richtung Universalisierung der Leistungen der Sozialsysteme auf altbekannte Hindernisse und auf neue Tendenzen. In diesem Punkt ist es wichtig, zwei Herausforderungen aufzuzeigen, die vor allem die im informellen Sektor Arbeitenden, insbesondere Frauen, betreffen: einerseits die Tendenz zur Privatisierung von Sozialleistungen (vornehmlich, wenn auch nicht nur, im Bereich der Bildung und der Gesundheit, was die Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften für den Aufbau von grundlegender sozialer Infrastruktur und auch das Anbieten von sozialen Leistungen miteinschließt); und andererseits die Finanzierung der Sozialsysteme, die eindeutig durch das Paradigma der Austerität in der Steuerpolitik beeinträchtigt wird. Viele Länder des Globalen Südens stehen einer Kombination von Faktoren gegenüber, die äußerst schwierig zu handhaben ist: Steuersysteme, die nur geringe Einnahmen auf linear degressiver Basis verzeichnen und (größtenteils weil die Wohlhabendsten, die großen nationalen Unternehmen und die transnationalen Unternehmen diverse Mechanismen der Steuerhinterziehung und des Steuermissbrauchs nutzen) immer wiederkehrende Haushaltsdefizite, denen mit Austeritätspolitik und Verschuldung entgegengewirkt wird, und der sachlichen Notwendigkeit, die Sozialleistungen zu privatisieren und/oder Ressourcen des privaten Sektors zu nutzen und somit den Anforderungen, die aus den sozialen Risiken in diesem Kontext der Sparpolitik entstehen, die Stirn zu bieten (Rodríguez Enríquez, 2020). Diese genannten Mechanismen wirken sich auf die verschiedenen Formen von sozialer Benachteiligung aus und treten in Verbindung

mit der Restriktion des Zugangs zu finanziellen Mitteln auf, was wiederum die ökonomischen und patriarchalen Gewaltformen miteinander verstrickt und ihnen Form gibt.

3.3. Formen der Steuerhinterziehung und -umgehung sowie Ausweitung unrechtmäßiger Finanzströme

Die Ausweitung von Netzwerken illegaler Finanzströme hat ernstzunehmende Auswirkungen auf die Gendergerechtigkeit, die Arbeitsrechte und die soziale Gerechtigkeit. Die besagten Fonds werden einerseits von Mitteln gespeist, die aus unrechtmäßigen Quellen kommen (Korruption, Drogenhandel, illegaler Waffenhandel, Menschenhandel), andererseits von Geldern aus Steuerhinterziehung oder -umgehung. Große Verantwortung tragen beim Vorantreiben dieser Mechanismen multinationale Unternehmen, die entscheidend bei der Liquiditätsabschöpfung in Ländern des Globalen Nordens und Südens sind. Es stellt sich die Frage, wie in diesem Fall die Formen der ökonomischen Gewalt mit der patriarchalen Gewalt verknüpft sind.

In den Studien über illegale Finanzströme (Grondona, et. al 2016) haben wir untersucht, wie diese durch Preismanipulation der Handelsgeschäfte oder internationale Investitionen angetrieben werden. Diese Mechanismen überlappen sich auf vielerlei Arten, wobei die Unterfakturierung der Exporte* und die Überfakturierung der Importe** ebenso zusammenspielen wie die „Unterbewertung der eingehenden Investitionen“ und die „Überbewertung der ausgehenden Investitionen“. Interessant ist dabei, dass die Finanzströme, die aus legalen Aktivitäten stammen, welche jedoch mit widerrechtlichen Verfahrensweisen (die bereits an sich Straftaten darstellen können) abgewickelt werden, die gleichen Mechanismen durchlaufen wie Finanzmittel, die aus tatsächlich illegalen Aktivitäten kommen.

* Es handelt sich um den Versand von Waren ins Ausland, um sie dort günstiger zu versteuern; dies ist ein Manöver, das die Steuerlast auf betrügerische Art und Weise zu verringern sucht.

** Es handelt sich um einen Vorgang, bei dem auf der Rechnung für eine importierte Ware ein höherer Verkaufspreis angegeben wird als der tatsächlich gezahlte.

Hierbei beziehen sich die Regelungen auf zwei verschiedene Instanzen strafrechtlicher Handlungen und können daher zwei verschiedene Organisationsstrukturen involvieren. In diesem Fall kann die vorangegangene Straftat, durch die die Vermögenswerte entstanden sind (zum Beispiel der Straftatbestand der Steuerhinterziehung, des Menschenhandels, des Drogenhandels) festgestellt werden und anschließend die zweite Instanz der Geldwäsche jener Aktiva, die mit Hilfe von Straftaten erworben wurden und durch die solche unrechtmäßigen Gewinne in das legale Wirtschafts- und Finanzsystem einfließen.

Diese kriminellen Handlungen können extreme Verstöße gegen die Menschenrechte von Frauen bedeuten, wie im Falle des Menschenhandels. Hierbei werden Mädchen und Frauen gekauft, entführt oder durch fälschliche Arbeitsangebote angelockt, ohne jedwede Kontrolle über Grenzen gebracht und unter Zwang ausgebeutet. In einigen Fällen entstehen solche Verhältnisse während der Migration von Frauen. Bei Menschenhändler- und Schleppernetzwerken ist es wichtig, die Mechanismen aufzudecken, bei denen „die Feminisierung der Migration mit der Tendenz zum Menschenhandel und der Feminisierung des Menschenhandels verbunden ist“ (Grondona et al., 2016: 11). Es gibt eine Reihe von Faktoren, die die Anfälligkeit von Frauen erhöht, in die Netzwerke von Menschenhändlern zu geraten: Armut (und damit verbunden die Feminisierung der Armut) und Arbeitslosigkeit; kulturelle Zusammenhänge, die Gewalt gegen Frauen tolerieren oder sogar fördern und in denen Frauen nur einen begrenzten Zugang zu grundlegenden Ressourcen haben (finanzielle Mittel, soziale Beziehungen und Netzwerke, Information und Wissen); und die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften in feminisierten Wirtschaftssektoren.

Zu Beginn des Artikels haben wir erwähnt, wie wichtig es ist, die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Gewalt zu untersuchen, die von den Wertübertragungen aus dem Globalen Süden ausgehen, sowohl aufgrund der Ausbeutung von Rohstoffen, als auch aufgrund der

Arbeitskräfte, die im Globalen Norden genutzt werden. Die erwähnten Beispiele zeigen das komplexe Gefüge der illegalen Ströme, die diese Wertübertragungen ermöglichen.

3.4. Ausbreitung der Einflussnahme von Konzernen auf staatliche Strukturen und Desinvestition in öffentliche Kassen und Dienste

Die Notwendigkeit vieler Regierungen, multinationalen Unternehmen steuerpolitische Vorteile einzuräumen (um direkte Investitionen aus dem Ausland anzuziehen), sowie zu ermöglichen, dass sie Steuern umgehen können, heißt, auf eine bedeutende Anzahl von Steuereinnahmen in den Staatskassen zu verzichten. Wenn ein Staat nicht genügend Einnahmen bezieht und wiederholt Haushaltsdefizite aufweist, kann er nur unzureichende und geringwertige Sozialleistungen anbieten (zum Beispiel im Bereich der Bildung, der sanitären Versorgung, des öffentlichen Personenverkehrs, der sozialen Infrastruktur etc.). Es ist offensichtlich, dass in dem Maße, in dem der finanzpolitische Spielraum auf diese Art und Weise begrenzt wird, die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten weiterbestehen oder sich sogar verschärfen, was auch der Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen und dem Abbau der geschlechtsspezifischen Unterschiede Grenzen setzt. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass 76% der nicht bezahlten Arbeit weltweit von Frauen verrichtet wird, stellt man fest, dass der Abbau des öffentlichen Gemeingutes (als Pendant zur Ausbreitung der Einflussnahme der Konzerne auf staatliche Strukturen) sich in einer größeren Überausbeutung von Frauen niederschlägt (Rodríguez Enríquez, 2018).

Der Einnahmeverlust der Staaten, der aus den dargestellten Gründen entsteht, ist Ursache des Sozialabbaus und einer Sozialpolitik, die auf Sparmaßnahmen setzt. Anstatt Regulierungs-, Kontroll- und Beobachtungsmechanismen der Finanzflüsse zu entwickeln, liegt das Augenmerk darauf, die Ausgaben des Staates zu reduzieren. Dies ist besonders belastend für den Zugang zu und die Investitionen in Sozialleistungen. Die Staaten entziehen sich so ihren Verpflichtungen

und stellen immer weniger und qualitativ minderwertigere Leistungen zur Verfügung, was besonders Mädchen und Frauen trifft. Betrachtet man im Besonderen die Pflegeleistungen, so stellt man fest, dass die staatlichen Angebote ernsthaft von solchen Kürzungen und fehlenden Investitionen in die notwendige Infrastruktur betroffen sind.

Dieses Szenario sozialer Forderungen (nach Gewährleistung sozialer Grundrechte, die immer öfter unbefriedigt bleiben) speist jenes Narrativ, das die Einbindung privater Finanzierungsmittel für die öffentliche Versorgung propagiert. So wird der private Sektor zu einer Schlüsselfigur bei der Finanzierung von Entwicklungsprogrammen und stellt sich mit dem Argument, dass dem Staat die nötigen Mittel fehlen oder er sie, wenn sie zur Verfügung stehen, ineffizient ausgibt oder für politischen Proselytismus* und Korruption verschwendet, als unumgängliche Alternative dar. So breitet sich die Einflussnahme von Konzernen immer weiter auf staatliche Strukturen, Instanzen der Entscheidungsfindung und die Sozialpolitik aus und gerade letztere verliert immer mehr den Zweck, dem Gemeinwohl zu dienen und wird vielmehr zu einer Plattform, die den Handlungsspielraum für private Geschäfte erweitert.

Die neue Version dieser Einflussnahme der Konzerne im öffentlichen Diskurs und in den Finanzstrategien zur Entwicklung sind die öffentlich-privaten Partnerschaften, deren Förderung auf der Annahme basiert, dass die Regierungen nicht in einen breiteren Zugang der Bevölkerung zu sozialen Mindestleistungen investieren können oder nicht bereit sind, dies zu tun. Nichtsdestotrotz gibt es eindeutige Beweise dafür, dass öffentlich-private Partnerschaften negative Auswirkungen haben, zu denen folgende zählen: i) ein Umlenken der Prioritäten der Agenda für Entwicklung auf Bereiche, die rentabel sein könnten, statt sich um soziale Bedürfnisse zu kümmern; ii) höhere Nettoausgaben der Staaten, die zu Garanten in letzter Instanz für Privatinvestoren

* Es ist der beharrliche Versuch einer Person, einer politischen Bewegung oder einer Institution, andere Menschen durch Aktionen, Kundgebungen oder Kampagnen davon zu überzeugen, einer Sache, Doktrin, Ideologie oder Religion zu folgen oder sie zu unterstützen, in der Regel für Wahlzwecke.

werden und die in einigen Fällen sogar private Unternehmen dafür entschädigen müssen, dass die Rentabilität nicht so hoch war wie erwartet; iii) höhere Kosten für den Zugang zu Sozialleistungen, die von öffentlich-privaten Partnerschaften finanziert werden, welche in vielen Fällen Gebühren erheben und Zuzahlungen verlangen, was wiederum relativ gesehen mehr Frauen betrifft, da sie Zugang zu geringeren Einkommensklassen haben; iv) Nichteinhaltung der Arbeitsrechte der in diesem Kontext durchgeführten Produktivtätigkeiten; v) fehlende Transparenz und gewissenhafte Rechnungsführung während des ganzen Prozesses (ab der Erteilung der Investition bis zur Bereitstellung der Leistungen).

Heutzutage wird das Paradigma der öffentlich-privaten Partnerschaften nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch durch das Entwicklungssystem der Vereinten Nationen vorangetrieben. Investitionen in besonders wichtige Bereiche des Lebens und der Menschenrechte von Frauen, wie zum Beispiel soziale Infrastruktur und soziale Leistungen, wird als beste Art der Förderung dargestellt, trotz der eben genannten offensichtlichen, negativen Auswirkungen.

Im Allgemeinen gibt es folgende Schlüsselpunkte, die schon in vorhergehenden Studien aufgezeigt wurden (Rodríguez Enríquez, 2018) und die einige Erklärungsmöglichkeiten dafür liefern, worin die Gefahr des Verstoßes gegen die Menschenrechte von Frauen durch die Macht der Konzerne liegt:

- Die negativen Folgen, die das Konkurrenzdenken und das Drängen auf steigende Produktivität auf die Arbeitsbedingungen von Frauen haben.
- Die Folgen von Lobbyarbeit von Unternehmen und Steuerhinterziehung, die die öffentlichen Kassen schmälern und den Spielraum für politische Maßnahmen verringern.
- Die Verbreitung der Ansicht, dass Firmen sensibel für Gender-Problematiken sind (oder sein können) und das Übernehmen des komplexen Diskurses über die soziale Verantwortung von Unternehmen.

Welcher Preis muss für das unbedingte Erreichen von Produktivität und Konkurrenzdenken bezahlt werden? In vielen lateinamerikanischen Ländern (vornehmlich in Mexiko und Zentralamerika) wurde eine Entwicklungsstrategie eingeführt, die auf Fabriken basierte, die für den Export produzieren und als *maquilas* bekannt sind. In den 1980er Jahren hat sich gezeigt, dass diese Art der Produktion nur in geringem Maße neue Arbeitsplätze schafft, sehr begrenzt zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt und keinerlei Gewinn im Bereich des Technologietransfers für die lokalen Produktionssysteme bedeutet. Die *maquilas* haben für Frauen zwar finanzielle Möglichkeiten eröffnet, die sonst gar keine Arbeitsmöglichkeiten hätten, doch sie zeichnen sich durch prekäre Arbeitsbedingungen und Dumpinglöhne aus. Hinzu kommt, dass die überwiegend weiblichen Arbeitskräfte durch psychische und physische Gewalt am Arbeitsplatz wie Entlassungen, Einschüchterungen, Vergewaltigungen und sexuelle Belästigung diszipliniert werden, um die Organisation in Gewerkschaften und sonstige Zusammenschlüsse zu verhindern. In bestimmten Grenzregionen gehören die Arbeiterinnen der *maquilas* auch zu den Opfern von Feminiziden. Neben diesem Panorama der verschiedenen Formen der Gewalt, die in den Grenzregionen aufeinander treffen, hat sich diese Wirtschaftsstrategie an sich als unhaltbar herausgestellt, da ein Großteil der ausländischen Investitionen in andere Teile der Welt migriert ist (Südasien und China), weil dort die wirtschaftlichen Anreize attraktiver waren (zum Beispiel Beschäftigungsstandards, Qualifikationen der Belegschaft, bestehende Infrastruktur, Steuervergünstigungen). Zusammenfassend stellten die niedrigen Löhne und die schlechten Arbeitsbedingungen einen bedeutenden Vorteil für die Unternehmen dar (Rodríguez Enríquez, 2018). Ihre Wettbewerbsfähigkeit beruht auf den ständigen, staatlichen Übertragungen und Subventionen der Unternehmen und den schlechten Arbeitsbedingungen und geringen Löhnen von Frauen. Wie häufig in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus wird die weibliche Arbeitskraft zum Vorteil und zur Förderung sowohl der Gewinnspanne, als auch des kapitalistischen Akkumulationsprozesses verwendet. Die Unternehmen nutzen den



untergeordneten Platz von Frauen in der Gesellschaft aus, um Profit daraus zu schlagen.

Auch wenn die Erfahrungen und Ergebnisse von Land zu Land und bedingt durch Wirtschaftsstruktur, Beschaffenheit des Arbeitsmarktes und Zusammensetzung der männlichen und weiblichen Bevölkerungsgruppen variieren, ist die wichtigste Schlussfolgerung, dass die am wenigsten negativen (oder anders gesagt die erfolgreichsten) Erfahrungen diejenigen waren, in denen die Regulierung der privaten Investitionen solide war oder von politischen Maßnahmen im Bereich der sozialen Leistungen, der sozialen Infrastruktur und der Erhaltung des Einkommens begleitet wurden.

4. Kartografie der Gewalt während der Pandemie

Letztlich kam es zu einer Zunahme der genannten Formen der Gewalt, wie Studien über das Ausmaß der Gewalt während des Lockdowns und der Krise gezeigt haben (die sich durch die Pandemie, die zweite Welle des Neoliberalismus in Lateinamerika und die Regierungsstrategie des *#BleibZuhause* verschärfte).

In Ländern wie Ecuador, die im Oktober 2019 Aufbegehren, Streiks und Aufstände gegen die Strukturanpassungspolitik und Sparmaßnahmen durchlebten, wurde der sanitäre Lockdown von Seiten der Regierung und der Konzerneliten zur Durchsetzung des Neoliberalismus ausgenutzt. Tatsächlich wurden in diesen Monaten in Ecuador Haushaltskürzungen vorgenommen, die Auswirkungen auf Gesundheit und Bildung, sowie auf die Maßnahmen zur Vorbeugung und Überwindung von geschlechtsspezifischer Gewalt hatten. Der Etat von 20 Millionen Dollar, den der ecuatorianische Staat im Jahr 2019 für diesen Zweck vorgesehen hatte, wurde im Jahr 2020 auf 4,7 Millionen Dollar gekürzt. Im Gegensatz dazu wurden für die Bundespolizei Gelder in Höhe von 50 Millionen Dollar bereitgestellt und Waffen und Ausrüstung für die militärischen Kräfte des Landes gekauft. Die Lage in Ländern mit progressiven Regierungen ist allerdings nicht besser: in Mexiko erlitt der Nationale Ausschuss

zur Prävention und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen (Comisión Nacional para Prevenir y Erradicar la Violencia Contra las Mujeres – CONAVIM) Etatkürzungen in Höhe von 37 Millionen Mexikanischen Pesos (fast 2 Millionen US-Dollar) und die landesweiten Maßnahmen, die den einzelnen Provinzen und Gemeinden größere Befugnisse zusicherten, wurden ausgesetzt.

Desweiteren zahlen letztendlich viele Länder, die Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfond unterschrieben haben, ihre Schulden mit hohen Zinsraten zurück und verschulden sich dafür erneut, während ihre Gesundheitssysteme und die darin beschäftigten inmitten der Coronakrise zusammenbrechen.

Was die Arbeitswelt in Ecuador betrifft, haben die Diskurse über die Krise und den Ausweg daraus dazu geführt, dass in Ländern mit offen neoliberalen Regierungen die Agenda der Sparmaßnahmen in einem neuen rechtlichen Rahmen, der Arbeitsflexibilisierung und Prekarisierung fördert, umgesetzt wird. Beispielsweise gab es bisher im Jahr 2020 eine Million Arbeitslose durch Entlassungen. Dazu kommt die Schließung staatlicher Programme für Kleinkinder und ältere Menschen und die improvisierte Strategie der Bildung übers Internet, die das technologische Gefälle in ländlichen Gebieten nicht mitbedenkt. So entsteht ein Szenario, in dem Sorgearbeiten in den häuslichen Bereich delegiert werden und die nicht bezahlte Arbeit, die von Frauen geleistet wird, zunimmt. Das hat zu großem Druck im Bereich der sozialen Reproduktion geführt, der die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die differenzierten Antworten auf die Krise vertieft. Die kürzlich veröffentlichte Umfrage der UN Woman „Gender in Covid-Zeiten. Auswirkungen des Notstandes auf das Leben von Frauen: Wirtschaft und Sorgearbeit“ (“Género en tiempos de Covid. Efectos de la emergencia sobre la vida de las mujeres: economía y cuidados”) beispielsweise zeigt, dass 76% der befragten Frauen in Ecuador zurzeit eine höhere Arbeitsbelastung haben und 56% gibt an, dass sie sich allein um die Bildung ihrer Kinder, die sich im Homeschooling befinden, kümmern. Diese Zahlen sind noch

besorgniserregender, wenn wir sie mit dem Beitrag der unbezahlten Arbeit zum BIP vergleichen, der 20% ausmacht und fast ausschließlich von Frauen geleistet wird. In den Monaten des Lockdowns wurden 48 von 100 Frauen in Ecuador entlassen. Von den Frauen, die weiterhin einer bezahlten Arbeit nachgehen, geben 57 von 100 an, dass ihr Gehalt gekürzt wurde.

Im Kontext der Corona-Krise und der daraus entstandenen dreifachen (Wirtschafts-, Gesundheits- und Sorgearbeits-)Krise, haben die Untersuchungen zur ungerechten Verteilung der Hausarbeit und der unbezahlten Sorgearbeit, sowie die Vertiefung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch den Vorstoß und die Ausbreitung der Telearbeit und Fernbeschäftigung in Zeiten der Ausgangssperre und/oder sozialen Isolation neue Bedeutung erlangt.

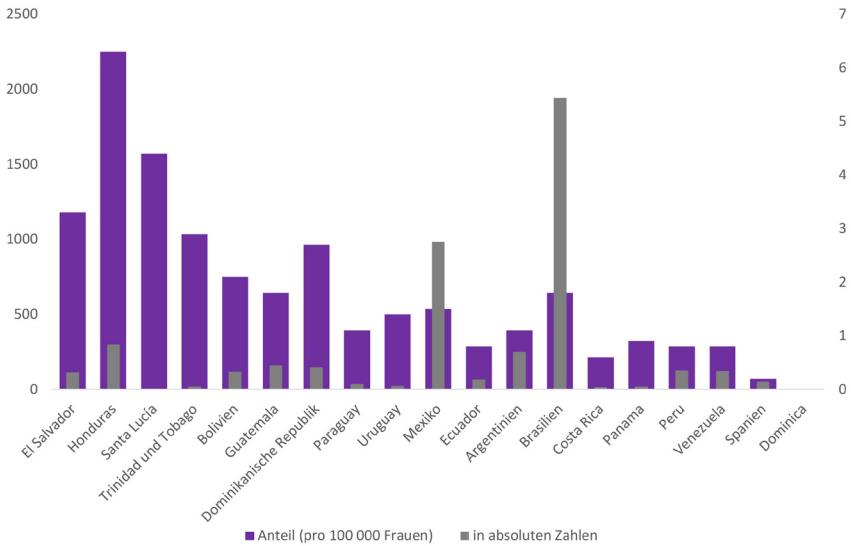
Die Brutalität des Patriarchats, das sich durch die enorme Arbeitsbelastung und Intensivierung der unbezahlten Arbeit, die Frauen verrichten, aufrechterhält, wird so offensichtlich. Im Szenario der Pandemie drückt sich das Patriarchat, unter anderem, in der Wertübertragung dieser unbezahlten Sorgearbeit auf die gesamte Wirtschaftsleistung des Landes aus. Doch im Kontext der Verschuldung des Staates beim IWF und der Strukturanpassung, kommt zusätzlich zum kapitalistischen Patriarchat als Pendant die aggressive Verschuldung von Frauen und die Zunahme der Abhängigkeit vom Finanzsystem und auch von privaten Abmachungen mit den Männern hinzu.

Auch die ultrakonservativen Allianzen religiöser Gruppen müssen hier hinzugerechnet werden, die durch Missachtung des weltlichen Charakters des Staates die politischen Maßnahmen in Bezug auf sexuelle und reproduktive Rechte und Sexualbildung bestimmen und ein frauenfeindliches Weltbild verbreiten, das Frauen als Objekte oder unvollständige Wesen ansieht, die ethisch suspekt sind und einen Vormund brauchen. Wie Ailynn Torres Santamaría treffend feststellt, sind Gesundheitskrisen meist Nährboden für die Einschränkung von

„sexuellen und reproduktiven Rechten für Mädchen, Jugendliche und Frauen. Diese Rechte sind aus unterschiedlichen Gründen bedroht: durch die Umleitung finanzieller Mittel innerhalb des medizinischen Bereichs; die Sorge von Frauen, sich anzustecken, wenn sie medizinische Dienstleistungen in Anspruch nehmen; die noch größere Knappheit an Verhütungsmitteln und die Unmöglichkeit, staatliche oder private Angebote zum Abbruch ungewollter oder aus gesundheitlichen Gründen für Mutter oder Fötus nicht zumutbarer Schwangerschaften wahrzunehmen“ (Torres Santamaría 2020: 6).

Diese „Semantik der Angst“ wird ausgenutzt, um eine Kultur der patriarchalen Gewalt aufrecht zu erhalten, indem argumentiert wird, „dass die Pandemie eine Strafe für das Voranschreiten des Feminismus ist“ (S. 7, *ibid*) und gleichzeitig, um den Fokus von der Aushöhlung des öffentlichen Gemeingutes wegzurücken. Dennoch ist das Scheitern der Strategie *#BleibZuhause* (die mehrheitlich als Regierungspolitik in der Region angewandt wurde) als alleinige Maßnahme zur Senkung der Ansteckungs- und Sterberaten offenkundig, wobei die politischen Maßnahmen zur Prävention und Beseitigung der geschlechtsspezifischen Gewalt dieser Strategie untergeordnet werden. Zwischen Januar und Juli 2020 wurden in Mexiko 2240 Frauen ermordet, was im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Vorjahr 2019 (laut dem Exekutivsekretariats des Nationalen Systems zur öffentlichen Sicherheit Mexikos) einen Anstieg von 7,7% bedeutet; in Ecuador gab es zwischen dem 1. Januar und dem 16. November 2020 insgesamt 101 Feminizide (darunter 5 Transfeminizide); in Argentinien belief sich die Zahl auf 168.

Lateinamerika, Karibik und Spanien (19 Länder): Feminizide oder Femizide, letztes verfügbares Jahr (in absoluten Zahlen und Werten pro 100 000 Frauen):



Quelle: CEPALSTATS, 2020.

Was die Lage der Gruppen von LGBTQI+ Menschen betrifft, waren ihre Lebensbedingungen schon vor der Corona-Krise kritisch; ein Großteil dieser Bevölkerungsgruppe lebte auf der Straße und von Sexarbeit. In den letzten Monaten hat sich diese prekäre Lage noch verschlimmert.

„Es war sehr hart für uns alle, weil wir daran gewöhnt waren, zum Arbeiten raus zu gehen und unser Geld zu verdienen, aber jetzt ging das nicht und wir waren allesamt hier drinnen, ohne Geld und das hat zu Streit und Auseinandersetzungen geführt.“
(Juana, Transfeministin aus Guayaquil, Ecuador)

Viele sahen sich gezwungen, ihre gewerblichen Tätigkeiten zu diversifizieren und zu multiplizieren, um zu überleben:

„Ich kam nicht drum herum, andere Einnahmequellen zu suchen, weil das Geschäft nicht ausreicht. Ich musste Dinge wie Mundschutz, Desinfektionsgel und anderen Kram, den die Leute wollen, verkaufen. (...) Wir haben alles Mögliche gemacht, Essen verkauft, Mundschutz, Desinfektionsmittel in kleinen Flaschen.“ (Erika, Transfeministin aus Guayaquil, Ecuador)

In den durchgeführten Interviews mit Transfeministinnen und nicht binären Feminist*innen, wird die Kriminalisierung der Armut und der Sex- und Genderidentitäten deutlich, die nicht der Heterocisnorm entsprechen. Hinzu kommt das Ausgeliefertsein der LGBTQI+ Bevölkerung gegenüber der Staatsmacht durch das Auftreten und Handeln der Polizei. Dies hat die Auflösung des sowieso schon prekären sozialen Gefüges zur Folge, das das familiäre Umfeld stützt:

„Ich habe versucht, auf den Strich zu gehen, wenn auch nur für einen Tag oder am Wochenende, weil ich einfach nicht zu Hause eingeschlossen bleiben konnte, ohne raus zu gehen und etwas Geld zu verdienen, weil ich auch meine Mutter und kleineren Geschwister finanziell unterstütze. (...) Und außerdem hat die verdammte Polizei den Lockdown und all das ausgenutzt, um uns zu belästigen, zu schlagen, Geld von uns zu erpressen oder unsere Sachen zu klauen. (...) Ich mache mir Sorgen, dass es meiner Mutter schlecht geht und sie sich irgendeine Krankheit holt und ich ihr nicht helfen kann, weil ich kein Geld habe.“ (Juana, Guayaquil, Ecuador)

Wie in diesem Artikel dargestellt, erklärt sich der schon bereits vor der Corona-Krise bestehende, systematische Plan religiöser, aber auch weltlicher, ultrakonservativer Gruppen durch einen Prozess der Faschisierung der Gesellschaften; das heißt, durch ein „Aufkommen faschistischer Züge in mehreren Bereichen des gesellschaftlichen Lebens“^{*}, verbunden mit politischen Maßnahmen, durch die das

* Statement der Antifaschistischen Aktion Ecuador. Für mehr Information: <https://antifascistasecuador.org>

Leben der Einzelnen reguliert und festgelegt wird, welches Leben wert ist, gelebt zu werden und welches nicht. Diese Hierarchisierung der Körper und der Personen setzt die Menschen aus verarmten Verhältnissen, Jugendliche, Personen mit von der Norm abweichenden Sex- und Geschlechtsidentitäten, Frauen und alle, die von Prozessen der Feminisierung betroffen sind, mit Verachtenswertem und Verdächtigem gleich. Das bedeutet, dass sie in dieser Logik als diejenigen wahrgenommen werden, denen man ungestraft Gewalt antun darf. Es wird deutlich, dass im heutigen Kontext die neoliberalen Pläne eines ungezügelten Kapitalismus, sowie das Vorgehen der (oligarchischen und bürgerlichen) Eliten nur durch Nötigung, Gewalt und die ständige Gefahr für das Leben durchgesetzt werden können. Die imperialistische Sicherheitspolitik für die Region ist eng mit einer Krise der Hegemonie der führenden Klassen verknüpft, die von einer kolumbianischen Kollegin folgendermaßen beschrieben wurde: „Disziplinierung der jungen, prekarierten Generationen, denen alles genommen wurde“* und die von der Polizei und paramilitärischen Gruppen, die uneingeschränkte Strafflosigkeit genießen, durch Angst und Tod drangsaliiert werden. Während der andauernden Gesundheitskrise wurde offensichtlich, dass die staatlichen Schutz- und Kontrollmaßnahmen bei dem Versuch, Ansteckungen zu vermeiden, gescheitert sind. Effektiv sind sie dann, wenn es darum geht einen Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten, der keine Ausnahme mehr ist, sondern jedes Mal aktiviert wird, wenn die Eliten und die Regierungen aufständische Vorgänge kontrollieren oder zu verhindern suchen (Ecuador, Chile, Kolumbien, Guatemala, Costa Rica und Puerto Rico sind Beispiele für tagelange, massive Proteste der Bevölkerung auf den Straßen). Gleichzeitig kam es vor kurzem zu Diskussionen über die Rolle der Polizeikräfte, ihren systematischen Machtmissbrauch und Verletzung der Menschenrechte sowie ihre unzureichende Rolle beim Schutz und der Fürsorge für die Gesellschaft.

* Sandra Rátiva Gaona, Doktoranwärterin der UABP.

Zuletzt ist festzuhalten, dass ebenso wie die machistische Gewalt nicht in Quarantäne ist, viele Länder in den letzten Monaten eine Intensivierung des Modells erleben, das auf Extraktivismus und auf der Beraubung der Gebiete und Lebenswelten der indigenen Bevölkerung und Nationalitäten basiert. Dies stellt eine Aktualisierung der Kolonisierung dar. Erdöl-, Bergbau- und Hydroelektrikkonzerne, sowie das Agrarbusiness durchdringen Gemeinschaftsstrukturen und stützen sich weiterhin auf Akkumulation durch Plünderung und Differenzialrenten auf Grund und Boden. Die indigenen Frauen und Landarbeiterinnen sind es, die das einheimische Saatgut, das Wasser und die Wälder schützen und dabei erleben müssen, wie sich der Extraktivismus und die Folgen von gewaltsamen Dynamiken der Kontrolle über ihre Gebiete durch Polizei und multinationale Unternehmen immer weiter ausgedehnt werden.

Letztendlich zeigt diese Notstandssituation, dass die Ausbeutung und die Plünderung der Arbeiter*innen, die sich in den letzten vier Jahrzehnten noch verstärkt haben, die internationale, geschlechtsspezifische und rassistische Arbeitsteilung vertieft. Die Prekarisierung, Überbelastung und die Tatsache, dass einem Großteil der Bevölkerung jegliche Arbeitsrechte fehlen, sind im langen Gedächtnis dieses Kapitalismus der Abhängigkeit verankert. Wenn Gehorsam geboten ist, um zu überleben, bedeutet das Zuhausebleiben eine neuerliche Anpassung an die Kontrollmechanismen des Lebens. Die sozial benachteiligten Schichten, die von dem leben, was sie am Tag verdienen oder als Halbmonats- oder Tageslohn bekommen, können es sich nicht leisten, nicht arbeiten zu gehen, da sie sonst nicht überleben. Doch wenn sie aus dem Haus gehen, um ihr Überleben zu sichern, werden sie von der Polizei festgenommen oder ihnen werden Bußgelder auferlegt. Wie in diesem Artikel gezeigt wurde, verschärft sich die Situation für Frauen und LGBTQI+ Personen, deren unbezahlte Arbeitslast in den letzten Monaten der Krise zugenommen hat, da sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in ihren Haushalten vertieft hat. Grund dafür sind die Lockdownmaßnahmen und der Abbau der öffentlichen Gesundheits-, Bildungs- sowie sozialen Sicherheitssysteme,

die inmitten des Neoliberalismus mit der Abwälzung der Pflegearbeiten von Seiten der Staaten auf die privaten Haushalte zusammenfällt. Die Bewältigung dieser mehrdimensionalen Krise, die wir durchleben, macht die Unterschiede zwischen Männern, Frauen und feminisierten Identitäten und Körpern sichtbar. Trotzdem ist gewiss, dass diese Krise nicht von oben herab, sondern von unten aus bewältigt wird:

„Keiner denkt auch nur einen Moment an die Sexarbeiter*innen und während der Krise noch viel weniger. Wir haben gehofft, dass sie uns helfen, weil wir Zuhause sehr viele sind und es Tage gab, an denen wir nichts zu essen hatten, doch wir haben uns gegenseitig unterstützt oder die Nachbarn haben uns geholfen.“ (Juana, Guayaquil, Ecuador)

Für die Frauen beinhaltet die Sicherstellung des Lebensunterhalts, sich im Kontext der Kürzung öffentlicher Gemeingüter um die tägliche Ernährung, Gesundheit und Pflege ihrer Familienangehörigen unter prekären Bedingungen und in Momenten der Überlastung und der Arbeitslosigkeit (die sie vermehrt auf die Straße zwingt) zu kümmern, während die Krisenbewältigung sich bei den Männern in einer Verstärkung machistischer Charakterzüge ausdrückt, die zu Frustration, Wut und Vernachlässigung oder Verlassen ihrer Familien führt. Das Ergebnis ist steigende Gewalt gegen Frauen und LGBTQI+ Menschen, die von Seiten des Staates durch Straflosigkeit begünstigt wird, damit die „alte Normalität“, die kapitalistisch, kolonial und patriarchal ist, weiter bestehen kann.

5. Verknüpfung von machistischer Gewalt und ökonomischer Gewalt: Denkanstöße für neue, feministische Praktiken

In diesem letzten Teil soll über den Beitrag eines Ansatzes zu „ökonomischer Gewalt“ zur feministischen Praxis reflektiert werden. Daher fragen wir uns, wie sich feministische Praktiken verändern (oder verändern sollten). In diesem Text haben wir die Zusammenhänge zwischen den Formen ökonomischer Gewalt und machistischer Gewalt und ihre Auswirkungen auf das Leben von Frauen und LGBTQI+ Personen

problematisiert, wobei wir davon ausgehen, dass Kapitalismus, Patriarchat und Kolonialismus ein zusammenhängendes System der Ausbeutung, Unterdrückung und Beherrschung bilden. Die einzelnen Komponenten weisen zwar Eigenheiten auf, müssen aber zusammen-gedacht werden, um über die Gesamtheit Aufschluss zu geben. Die Gewalt entsteht im Herzen des Systems selbst und genau dort „hat der Staat eine Schuld gegenüber der Trans-Bevölkerung, Schwarzen Menschen sowie den seit Jahrhunderten diskriminierten und unsicht-bar Gemachten“. (Andrea Alejandro, nicht-binäre Transfeministin, Guayaquil, Ecuador)

Der vorliegende Text versteht die verschiedenen Formen der Gewalt als Teil der Entwicklung des Kapitalismus und des langen Gedächtnisses der Ausbeutung und Ausnutzung der Arbeiter*innen. Diese Formen der Gewalt verschärfen sich in Konjunkturen der Strukturanpassung und Krisen und sind dem Patriarchat als historische Ordnung zuzu-rechnen, welche Regierungen der Nekropolitik* errichtet (Valencia, 2010) und Gewalt hervorbringt, um die soziale Reproduktion des Systems zu gewährleisten.

Die Einnahme dieser Perspektive ermöglicht es, die Zusammenhänge zu bedenken und eine ganzheitliche Sichtweise zu entwickeln, die die vie-len verschiedenen Ursachen und Auswirkungen der Formen der Gewalt aufzeigt; eine Sichtweise, die die Feinheiten erkennt, aber die Gewalt als soziales, historisch-systemisches und strukturelles Phänomen an-sieht und nicht als eine Reihe von außergewöhnlichen und anormalen Geschehnissen. Zu verstehen, dass die ökonomische und die geschlechts-spezifische Gewalt zusammen entstehen, auftreten und sich gegensei-tig legitimieren, trägt zur Bildung theoretischer Grundlagen, täglicher Praktiken und Werkzeugen zur Bekämpfung der Gewalt bei, die die wei-ßen Feminismen der Unternehmersdiskurse und die Macht der Konzerne radikal hinterfragen, die feministische, antisystemische Kraft stärken und die bestehende Ordnung als Ganzes zu verändern suchen.

* Damit wird eine Bevölkerungspolitik bezeichnet, in der über soziale und poli-tische Macht bestimmt wird, wer und wie dem Tod ausgesetzt ist.

Im bestehenden Szenario, in dem das Leben von Frauen und LGBTQI+ Personen bedroht ist, ist es besonders wichtig, die Machtverhältnisse zu untersuchen, die auf Geschlechtsunterschieden und sozialer Ungleichheit basieren, d. h. zu untersuchen, wie „sie mit anderen Machtsystemen wie wirtschaftlichen und internationalen Beziehungen, militärischen Konflikten und der Umweltpolitik verflochten sind“ (Sen und Durano, 2015). Nicht nur, weil durch diese Perspektive verstanden werden kann, wie jedes Machtsystem sich an die anderen anpasst und sich mit ihnen überschneidet, sondern auch, weil diese Art der Analyse es uns erlaubt, durch politische Praxis und feministische Entwürfe „diese Systeme herauszufordern“ und zu erkennen.

Aus dieser Perspektive heraus haben wir Lebens- und Arbeitsbedingungen während der Corona-Krise analysiert, gerade weil die Gesundheitskrisen Szenario von Isolation und Einschränkung der Ausübung sexueller und reproduktiver Rechte von Kindern, Jugendlichen, Frauen und LGBTQI+ Personen sind, in denen sich die Formen der Gewalt vertiefen. Aus diesem Grund sind die politischen Maßnahmen, die den Zugang zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit direkt mit den Formen der Ausbreitung der Einflussnahme von Konzernen auf staatliche Strukturen und der Desinvestition in öffentliche Leistungen verbunden (insbesondere des öffentlichen Gesundheitssystems). Wie schon gesagt, in Anbetracht der Zahlen, die zeigen, dass der Großteil der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit weltweit von Frauen verrichtet wird, bedeutet die Aushöhlung des öffentlichen Gemeingutes – als Pendant zur Ausbreitung der Einflussnahme der Konzernen auf staatliche Strukturen – eine steigende Überausbeutung von Frauen. Diese Lesart führt notwendigerweise dazu, den Kampf um wirtschaftliche Gerechtigkeit mit der Geschlechtergerechtigkeit zu verbinden, um das Recht auf Selbstbestimmung von Frauen und Menschen, die schwanger werden können, über ihren Körper und ihre Mutterschaft zu gewährleisten, und politische Maßnahmen im Gesundheitsbereich durchzuführen, die sexuelle und reproduktive Rechte unterstützen.

In diesem Dokument haben wir den Ansatz der Intersektionalität* angewandt, um zu untersuchen, wie wirtschaftliche Gerechtigkeit, Gender- und Umweltgerechtigkeit in Lateinamerika miteinander verbunden sind. (Bidegain und Llawaneras, 2013); aus einer Perspektive heraus, die unsere Praktiken für ein nachhaltiges Leben in den Mittelpunkt stellt. Aus diesem Grund muss die Analyse eines extraktiven Kapitalismus die miteinander verknüpften Dimensionen der verschiedenen Ausbeutungsmechanismen von Ressourcen, Daten, Finanzmitteln und Zeit berücksichtigen, da diese direkten Einfluss auf unser Leben haben.

Denn „trotz des Grauens, der Gewalt und der Vernachlässigung verpflichten gerade die LGBTQI+ Kollektive den Staat dazu, andere Lebensrealitäten und Normalitäten ganzheitlich wahrzunehmen“ (Sara Rojas). Auf dieses unmittelbare Gedächtnis, das mit unserer langen Geschichte verbunden ist, zurückzugreifen, erlaubt es uns, den Begriff der Gewalt zu erweitern und uns eine neue Normalität auszumalen, in der Gerechtigkeit und Fürsorge vielleicht doch Mittelpunkt des Lebens und der Menschenwürde sein könnten.

* Auf Englisch verwendet DAWN den Begriff *interlinkages*, um diese komplexen, miteinander verknüpften Phänomene zu beschreiben.

Literaturverzeichnis

- ARAUJO GUIMARÃES, N. und HIRATA, H. (Hrsg.): El cuidado en América Latina: mirando los casos de Argentina, Brasil, Chile, Colombia y Uruguay. Buenos Aires, Stiftung Medifé Edita, 2020.
- BENERÍA, L. und SEN, G.: Acumulación, reproducción y el papel de la mujer en el desarrollo económico. Una revisión de Boserup. Kolumbianische Zeitschrift der ACEP (Asociación Colombiana para el Estudio de la Población), Bogotá, 1982.
- BIDEGAIN, N. und LLAVANERAS, M.: Los vínculos entre la justicia económica, ecológica y de género en América Latina: Caminos hacia un desarrollo centrado en la sostenibilidad de la vida. Quezon City, DAWN, 2013.
- CEPAL 2020: Observatorio de Igualdad de Género. CEPALSTAT. Datenbasis und statistische Veröffentlichungen, 2020. <https://oig.cepal.org/es> Zuletzt abgerufen im November 2020.
- COALICIÓN MUNDIAL PARA LOS PISOS DE PROTECCIÓN SOCIAL: ODS 1. Financiar los sistemas de protección social para todos. Spotlight Report, 2018.
- CONFORTINI, C.: Galtung, violence, and gender: The case for a peace studies/feminism alliance. *Peace & Change* 31 (3), 333-367, 2006.
- CORRÊA, S. und KALIL, I.: Políticas Antigénero en América Latina: Brasil, ¿La Catástrofe Perfecta? Río de Janeiro, Observatorio de Sexualidad y Política (SPW), 2020.
- DALLA COSTA, M.: Dinero, perlas y flores en la reproducción feminista. Madrid, Akal, 2009.
- DEERE, C. D. und LEÓN, M.: Género, propiedad y empoderamiento: tierra, estado y mercado en América Latina. Bogotá, Tercer Mundo Editores, 2001.

- EDO, J.: Crisis, deslaboralización y cooperativas: una reflexión necesaria. Zeitschrift Cooperació Catalana, Nummer 410, Juni 2017.
- FALQUET, J.: Pax Neoliberalia. Buenos Aires, Madreselva, 2017.
- FEDERICI, S.: El patriarcado del salario. Críticas feministas al marxismo. Madrid, Traficantes de Sueños, 2018.
- FERNANDEZ, N. und SANTILLANA, A.: El regreso del FMI al Ecuador y la retórica del feminismo empresarial: Los posibles efectos en la vida de las mujeres. Zeitschrift Economía, 71 (114), Seiten 13-33, 2020.
- GURUMURTHY, Anita. Mirando la Economía a través de la data: perspectivas feministas del sur. Masterclass Escuela de Economía Feminista, DAWN. <https://www.economiafeministadawn.org/edición-2020>
- GRONDONA, V., BIDEGAIN, N. und RODRÍGUEZENRÍQUEZ, C.: Illicit Financial Flows Undermining Gender Justice. Berlin, FES/DAWN, 2016.
- LÓPEZ MONTAÑO, C. und HOLSTINE, M. C.: Rural Women in Colombia. From Victims to Actors. In SAMUEL, K., SLATTER, C. und GUNASEKAR, V. (Hrsg.): The Political Economy of Conflict and Violence against Women, London, Zed Books, 2019.
- MARX-ENGELS-WERKE (MEW), Band 23-25. Berlin/DDR, Dietz Verlag, 1983.
- OXFAM ¿Quién paga la cuenta? Gravar la riqueza para enfrentar la crisis de la COVID-19 en América Latina y el Caribe. Oxfam International, Juli 2020.
- PARTENIO, F.: Retrocesos 4.0. los desafíos de la protección social de los trabajadores de plataformas. DAWN INFORMS, März 2020.

- PARTENIO, F. und PITA, V.: *Feministas en las calles y Cambiemos en el gobierno: reapropiación de discursos y sentidos en disputa (2015-2019)*. Zeitschrift Plaza Pública, Carrera de Trabajo Social, UNICEN, 2020.
- RICHARD, N.: “Memoria, latencias y estallidos del feminismo: la insurgencia de mayo 2018 en Chile”. Konferenz auf der V. Fachtagung für Geschichte, Gender und Politik der 70er “En los desbordes de una década intensa” 6. - 9. November, Buenos Aires, 2018.
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C.: *La cuestión del cuidado: ¿El eslabón perdido del análisis económico?* Zeitschrift CEPAL, Nr. 106, Santiago, 2012
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C.: *El trabajo de las mujeres. Algunas reflexiones a partir de una mirada integrada desde las encuestas de uso del tiempo y las estadísticas laborales*. In: Calderón Magaña, C. (Koord.): *Redistribuir el cuidado. El desafío de las políticas*. Santiago, NU/CEPAL/División de Asuntos de Género. 2013.
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C.: *Los límites a la movilización de recursos nacionales en la Agenda de Acción de Addis Abeba (AAAA)*. DAWN Bericht, 2015.
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C. und PAUTASSI, L.: *Violencia contra las mujeres y políticas públicas. Implicancias fiscales y socioeconómicas*. Santiago, CEPAL, 2016.
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C.: *Poder corporativo: una amenaza para los derechos humanos de las mujeres*. Global Policy Watch, 2018.
- RODRÍGUEZ ENRÍQUEZ, C.: *Current challenges and debates on social protection in the global South*. DAWN Berichte, Suva. January 2020

- SAMUEL, K. und GUNASEKARA, V.: Introduction. Framing a South Feminist Analysis of War, Conflict and Violence Against Women: the value of a political economy lens. In: SAMUEL, K., SLATTER, C. und GUNASEKAR, V. (Hrsg.): The Political Economy of Conflict and Violence against Women, London, Zed Books. 2019.
- SCASSERRA, S. und PARTENIO, F.: Nuevas estrategias para abordar la precarización de las trabajadoras a través del empleo de plataformas: organización sindical y disputa por nuevos derechos. Zeitschrift Sociologías. UFRJ. 2020
- SEGATO, R.: Contra-pedagogías de la crueldad, Buenos Aires. Prometeo Libros. 2018. (Erscheint im Frühjahr im Mandelbaum Verlag auf Deutsch)
- SEGATO, R.: La Guerra contra las Mujeres, Madrid, Traficantes de Sueños, 2016.
- SEGATO, R.: “Las nuevas formas de la guerra y el cuerpo de las mujeres”. In: Sociedade e Estado, Vol. 29 Nr. 2 Brasilia, Mai/Aug. 2014.
- SEN, G.: Reconsiderando la acumulación originaria. En SEN, Gita und DURANO, Marina (eds.) Refundando los contratos sociales. Feministas en un mundo feroz, London, Zed Books. 2015.
- SEN, G. und DURANO, M. (Hrsg.): Refundando los contratos sociales: Feministas en un mundo feroz, Londres, Zed Books. 2015.
- SEN, G. und MUKHERJEE, A.: No empowerment without rights, no rights without politics. Gender-equality, MDGs and the post-2015 development agenda. Journal of Human Development and Capabilities, 15 (2–3), Seiten 188–202, 2014.
- SMALL ARMS SURVEY. “A Gendered Analysis of Violent Deaths” <http://www.smallarmssurvey.org/about-us/highlights/2016/highlight-rn63.html>, 2016. Zuletzt abgerufen im November 2020.

- SVAMPA, M.: “Extractivismo neodesarrollista y movimientos sociales: ¿un giro ecoterritorial hacia nuevas alternativas?”, Más allá del desarrollo, Vol. 1, 185-218, 2011.
- TORRES SANTAMARIA, Ailynn. “Latinoamérica en pandemia: derechos, autoritarismo y conservadurismo”. Zitiert nach: 2020. Zuletzt abgerufen im November 2020.
- UNO: Las dos pandemias. Violencia contra las mujeres en México en el contexto del COVID19. Zitiert nach: <https://equis.org.mx/wp-content/uploads/2020/08/informe-dospandemiasmexico.pdf>. 2020. Zuletzt abgerufen im November 2020.
- VALENCIA, S.: Capitalismo Gore, Barcelona, 2010.
- WHO: World Social Protection Report 2017-19. Universal social protection to achieve the Sustainable Development Goals. Genf, ILO, 2017.
- WHO. Panorama Laboral Temático 5: Mujeres en el mundo del trabajo. Retos pendientes hacia una efectiva equidad en América Latina y el Caribe. Lima, WHO/Regionalbüro für Lateinamerika und die Karibik, 2019.

Über die Autorinnen

Alejandra Santillana Ortíz

Feministin, Soziologin, Forscherin im Institut für Ecuatorianische Studien und Beobachtungsstelle für den Wandel in ländlichen Gebieten (Instituto de Estudios Ecuatorianos y Observatorio del Cambio Rural). Mitglied der Arbeitsgruppen „Kritische Studien zur Entwicklung in ländlichen Gebieten“ (Estudios Críticos al Desarrollo Rural) und „Netzwerk für Gender, Feminismus und Erinnerungskultur in Lateinamerika und in der Karibik“ (la Red de Género, Feminismos y Memoria en América Latina y el Caribe) von CLACSO (Lateinamerikanischer Rat der Sozialwissenschaften). Sie ist Teil verschiedener Kollektive: Ruda Colectiva Feminista, Feministas del Abya Yala, des Feministischen Zusammenschlusses des Weltsozialforums für Transformative Wirtschaftsformen (FSMET) und der Gruppe Gender, Economic and Ecological Justice von Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN), sowie der Arbeitsgruppe Virginia Bolten der Universität von La Plata. Zurzeit promoviert sie in Lateinamerikanischen Studien an der UNAM (Nationale Universität von Misiones).

Flora Partenio

Promovierte Soziologin (UBA) mit Schwerpunkt auf wissenschaftlichen Arbeitsstudien und Genderstudien. Sie ist Teil des Exekutivkomitees des feministischen Netzwerks (Comité Ejecutivo de la Red de feministas) von DAWN und Leiterin des Studiengangs in Arbeitsbeziehungen der Nationalen Universität Arturo Jauretche, Provinz Buenos Aires, Argentinien. Außerdem ist sie eine der Vorsitzenden der Schule für feministische Wirtschaft von DAWN.

Corina Rodríguez Enríquez

Wirtschaftswissenschaftlerin (UBA), mit einem Master in Social Policy of Development des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaften der Erasmus Universität von Rotterdam und einem Doktor in Sozialwissenschaften der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften FLACSO in Argentinien. Sie ist Teil des Exekutivkomitees des feministischen Netzwerks (Comité Ejecutivo de la Red de feministas) von DAWN und eine der Vorsitzenden der Schule für feministische Wirtschaft von DAWN.

- ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG -

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, linke, nicht profitorientierte Organisation für politische Bildung und steht der deutschen Partei DIE LINKE nahe. Seit 1990 widmet sich die Stiftung der Untersuchung sozialer und politischer Prozesse und Entwicklungen weltweit. Wir arbeiten im Kontext der wachsenden mannigfaltigen Krise unseres gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Systems. In Zusammenarbeit mit anderen progressiven Organisationen aus allen Teilen der Welt setzen wir uns für demokratische und soziale Teilhabe, Empowerment benachteiligter Gruppen und eine alternative wirtschaftliche und soziale Entwicklung ein. Durch unsere internationalen Aktivitäten wollen wir politische Bildungsarbeit durch wissenschaftliche Analysen, öffentliche Programme und gemeinsame Projekte mit unseren Partnerorganisationen leisten. Wir arbeiten für eine gerechtere Welt auf der Grundlage internationaler Solidarität.

Das Programm Globaler Feminismus arbeitet seit 2019. Es begleitet den Aufbau von transnationalen feministischen Netzwerken, die eine linke, intersektionale, antipatriarchale, antikapitalistische und sozial-ökologische Perspektive haben. Viele von ihnen sind stark im Globalen Süden verwurzelt.

<https://rosalux-ba.org/en/feminismos-internacionalistas/>

Wie können wir den Zusammenhang zwischen Ökonomie und Gewalt denken und verstehen? Aus einer Perspektive von feministischen Strömungen des Globalen Südens ist Gewalt keine isolierte Tatsache, sondern ein globales Phänomen, das in einer Allianz zwischen Kapitalismus, Patriarchat und Kolonialismus verankert ist.

Eine Analyse, die im Kontext einer sozialen und gesundheitlichen Krise noch an Bedeutung gewinnt, in der die Konzentration des Reichtums, die Prekarität des Lebens sowie die digitale und militärische Kontrolle der Bevölkerung zugenommen hat. Im Zusammenhang mit der Pandemie und den darauf gerichteten Maßnahmen verschlimmerte sich die Gewalt in allen Bereichen – in Institutionen, im Arbeitsleben, der Politik, den Medien und im Netz – und in ihren verschiedenen Ausdrucksformen – physisch, ökonomisch, symbolisch, sexuell, psychologisch, patrimonial. Darunter haben vor allem Frauen, Kinder und LGBTIQ+ Menschen zu leiden.

In diesem Szenario lohnen sich theoretische und politische Beiträge wie dieser, um über eine Aufwertung von gemeinschaftlichen Bewältigungsstrategien der Krise zu sprechen und dem Potenzial von antikapitalistischen Feminismen, andere mögliche Welten aufzubauen.

